

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abohmentopreis pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pf., bei Selbstabholung 50 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 75 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4841) vierteljährlich 1,80 Mk. für 2 Monate 1,20 Mk., für 1 Monat 60 Pf. egl. Bestellgeb.

Chefredaktion:
Dr. Bruno Schoenlauk.

Inserate werden die 5 gesetzte Zeitzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet. Vereinsanzeigen 15 Pf. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition aufgegeben sein. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 6. Geschäftszzeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Redaktion: Mittelstraße 6, part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telephon: Amt I. Nr. 2721. — Telegrammabreise: Volkszeitung Leipzig.

Leipzig, 4. Oktober.

In der Presse war in den letzten Tagen zu lesen, daß die sächsische Regierung die österreichische Grenze für die Schweineinfuhr wieder zu öffnen gedachte. Auch die Volkszeitung hat die Meldung registriert, aber nicht ohne dem Zweifel an ihre Richtigkeit Ausdruck zu geben, der selben berechtigten Grund in der Haltung der Reichsregierung hat, die sich gegenüber allen Bestrebungen von Interessentenvereinigungen, städtischen Korporationen, Handelskammern etc. um Erleichterung der Schweineinfuhr strikt ablehnend verhält. Die Stuttgarter Post, und noch ihr auch verschiedene sächsische Blätter, wie z. B. die Dresdener Nachrichten, bezeichnen es als ganz unverantwortlich, „wollte man um einer vorübergehenden Erhöhung der Fleischpreise willen die Grenzen, auch auf die Gefahr einer erneuten Verzweigung unserer heimischen Viehbestände hin, öffnen...“ Untersucht man die Gründe, die zu den jetzigen hohen Preisen von Schweinefleisch und anderen Erzeugnissen der Schweinezucht geführt haben, so ergiebt sich zunächst, daß infolge der gestiegenen Höhe in den Großstädten und in industriellen Bezirken die Nachfrage sich beträchtlich erhöht hat.“ Mit dieser Steigerung der Nachfrage, meint die Post weiter, habe die Vermehrung der inländischen Produktion nicht Schritt gehalten und dies sei zum Teil die Folge der schweren Schäden, die zahlreiche Viehzüchter durch die unter dem Schwarzbach grässlerenden Seuchen erlitten hätten.

Danach wäre also nicht der Mangel an Schlachtvieh, sondern der gestiegerte Bedarf infolge der günstigen wirtschaftlichen Konjunktur die Ursache der hohen Fleischpreise. Um diese Ansicht der Post richtig würdigen zu können, muß man nur wissen, daß im Jahre 1883 400000 Stück Schwarzbach allein aus Österreich über die sächsische Grenze eingeführt worden sind und daß diese Einfuhr jetzt vollständig aufgehoben hat. Diese Thatache ist auch der Post nicht unbekannt, aber sie meint, die Schließung der sächsischen Grenze sei erst erfolgt, als infolge der starken Verzweigung der österreichischen Viehbestände unsere einheimischen Viehstapel gefährdet gewesen sei. Aber wenn das richtig ist, so leuchtet es doch ein, daß ein beträchtlicher Ausfall an Schlachtvieh entstehen mußte, und nicht, wie die Post behauptet, der gestiegerte Konsum, sondern eben der Mangel an Schlachtvieh die Presse in die Höhe getrieben hat. Gegen die Behauptung, daß das gestiegerte Bedürfnis die

Fleischpreise in die Höhe getrieben habe, spricht auch der Umstand, daß in Sachsen der Verbrauch an Schweinefleisch pro Kopf der Bevölkerung von 26,7 Kilogramm im Jahre 1896 auf 25,9 im Jahre 1897 zurück gegangen ist. Dieser Rückgang ist um so bemerkenswerter, als der Schweinefleischkonsum in Sachsen seit dreißig Jahren beständig und ohne Unterbrechung gestiegen ist. Es unterliegt keinem Zweifel, daß auch das Jahr 1897 eine höhere Verbrauchsziiffer aufzuweisen gehabt hätte, wenn die Preise für Schweinefleisch, das doch hauptsächlich von den arbeitenden Klassen verzehrt wird, wegen Mangels an Schlachtvieh nicht unerschwinglich gewesen wären.

Von dem zunehmenden Fleischverbrauch und dem daraus gefolgerten Beweis einer Erhöhung der Lebenshaltung der arbeitenden Klasse wurde kürzlich in der Presse auch in anderem Zusammenhang gesprochen. Das Statistische Jahrbuch für das Königreich Sachsen auf das Jahr 1898 enthält eine Tabelle über den Fleischverbrauch im Königreich Sachsen von 1866 bis 1897. Danach ist der Verbrauch an Rindfleisch seit 1870 von 7,1 kg mit geringen Schwankungen fortgesetzt bis auf 15,8 kg, und der Verbrauch an Schweinefleisch von 11,8 kg bis auf 25,9 kg im Jahre 1897 gestiegen. Wenn die Steigerung des Fleischverbrauchs an sich auch ein Beweis für die Verbesserung der Lebenshaltung des Volkes ist, so hat dies Axiom doch nur bedingt Geltung. Die Durchschnittszahlen, die aus dem gesamten Verbrauch herausgerechnet werden, gestalten aber nur allgemeine Schlüsse, die zweifellos richtig sind, soweit die Gesamtheit in Betracht kommt, die aber wesentliche Abweichungen erfahren, wenn man die Durchschnittszahlen nach den verschiedenen Bevölkerungsschichten prüft.

So betrug z. B. der Verbrauch an Roggen in den letzten Jahren pro Kopf der Bevölkerung rund 125 Kilogramm oder auf eine fünfköpfige Arbeitersfamilie 625 Kilogramm. Wer das Leben in den Arbeitersfamilien kennt, der weiß, daß hier relativ mehr Brot verzehrt wird, als in den besser situierten Kreisen, und der höhere Roggenverbrauch unter der Arbeiterbevölkerung wird auch bei weitem nicht ausgelöscht durch den höheren Weizenverbrauch unter den Besitzenden. Während aber der Verbrauch an Roggen in Arbeiterschichten höher ist als der durchschnittliche Verbrauch, ist es beim Fleischverbrauch umgekehrt. Es sind im Jahre 1897 an Rind- und Schweinefleisch pro Kopf der Bevölkerung 41,2 Kilogramm verzehrt worden. Es müßte also eine fünfköpfige Arbeitersfamilie rund 200 Kilogramm oder wöchentlich

8 Pfund verbrauchen, sie müßte also, wollte man das Pfund nur zu 70 Pf. berechnen, was aber zu niedrig geblieben ist, wöchentlich mindestens 5,50 Mk. für Fleisch ausgeben. Das ist aber in Sachsen keine Arbeitersfamilie im Stande.

Es läßt sich auch noch in anderer Weise beweisen, daß der Fleischverbrauch in Arbeiterschichten niedriger ist als er nach dem Durchschnittsverbrauch sein müßte. In Leipzig wurden 1867 an Rind- und Schweinefleisch 62,8 Kilogramm, 1877 65,5 Kilogramm und 1887 69,8 Kilogramm pro Kopf verbraucht. Der Verbrauch blieb sich also in der reichen Stadt Leipzig in den drei Jahrzehnten fast gleich. Im Jahre 1894 aber, als die Stadt die mehr als 150000 Einwohner zählenden Vororte, in denen die Arbeiterbevölkerung zu Hause ist, einverlebt hatte, betrug der Verbrauch an Rind- und Schweinefleisch nur noch 40,0 Kilogramm pro Kopf und war nicht viel höher als der durchschnittliche Verbrauch im ganzen Lande, der damals 35,6 Kilogramm betrug. Da der Verbrauch gegen 1887 um 24,0 Kilogramm zurückgegangen war, so kann man annehmen, daß der Verbrauch in den angegliederten Gemeinden nicht viel mehr als 20 Kilogramm pro Kopf betragen haben wird.

Diese Angaben lassen es aber auch glaublich erscheinen, wenn die Fleischer behaupten, die hohen Fleischpreise hätten bewirkt, daß die ärmeren Schichten teilweise gänzlich auf den Fleischgenuss verzichten und Ersatz in billigeren und minderwertigeren Produkten suchen müssten. Auf jeden Fall lassen unsere Darlegungen erkennen, daß die arbeitende Bevölkerung unter den hohen Fleischpreisen empfindlich zu leiden hat. Die Last der hohen Fleischpreise ist durch die wirtschaftliche Konjunktur nur gemildert worden, die Not ist nicht so augenfällig geworden. Die Abnahme des Fleischverbrauchs in Arbeiterschichten wäre gewiß noch viel größer gewesen, wenn wir in den letzten Jahren eben nicht günstige Lohn- und Arbeitsverhältnisse gehabt hätten. Da aber die wirtschaftliche Konjunktur ihren Höhepunkt bereits überschritten hat, auf der anderen Seite aber die heimische Landwirtschaft nicht entfernt in der Lage ist, den Bedarf an Schlachtvieh zu decken, so muß, wenn die Regierungen sich nicht entschließen können, die Grenzen für fremdes Vieh zu öffnen, die Fleischnot allmählich so steigen und sich so deutlich äußern, daß sie auch von den Agrarern nicht mehr wird gelehnt werden können. Von einer vorübergehender Fleischartierung, wie man voriges Jahr von einer vorübergehenden Brotsteuerung sprach, kann nicht die Rede sein, so

Seuilleton.

Nachdruck verboten.

L'Adultera.

Von Theodor Fontane.

Und nun erzählte die Magd, sie hab' auf der Bank gesessen, wo die vier Löwe das Brücke halte, und hätt' eben gesagt: „Sieh, Uninettsle, des isch der alt Weibersommer, der will Di einpinne, aber der hat Di no lang nit.“ um das Uninetts hab' grad g'jucht un lacht un n'am Ohring g'längt, do wäre zwei Herre über die Brücke komme, so gute junzig, aber schon auf der Wipp, und einer hätt' gesagt, e langer Spindelstein: „Schau des Silberkette; des isch e Schweizerin; un i wett, des isch e Kind vom Schweizer Sandte.“ Aber do hat der andere gesagt: „Nei, des kann nit sein; den Schweizer Sandte, den kenn i, un der hat kein Kind un kein Regel . . .“ Un do hat er z'mit gesagt: „Ah nu, wem g'hört das Kind?“ Un da hab' i gesagt: „Dem Herr Rubehn, un's isch e Mädle, un heißt Uninetts.“ Un do hab' i gesagt, daß er sich versürbt hat und hat wegg'schaut. Aber nit lang, da hat er sich wieder umg'wandt und hat gesagt: „'s isch d' Mutter, und lacht auch so, un hat dieselbe schwarze Haar.“ Es isch e schön's Kindle. Find' ich nit au?“ Aber er hat's nit finde wollen und hat nur gesagt: „Üebertag es nit. Es gibt mehr so. Un's isch e Kind aus 'm Dutzend.“ So, so hat er gesagt, der garstige Spindelstein: „'s bleibt mehr so, un 's isch e Kind aus 'm Dutzend.“ Über der gute Herre, der hat's Pätzle g'nomme un hat's g'streichelt. Un hat mi g'löst, deß i so brav un g'scheit sei. So, so hat er gesagt. Und dann sind sie gange.“

All das hatte seines Eindrucks nicht verfehlt und Melanie war während der Tage, die folgten, immer wieder auf

diese Begegnung zurückgekommen. Immer wieder und wieder hatte die Breni jedes Kleinsten nennen und beschreiben müssen, und so war es durch Wochen hin geblieben, bis endlich in den großen und kleinen Vorbereitungen zum Feste der ganze Vorfall vergessen worden war.

Und nun war das Fest selber da, der heilige Abend, zu dem auch diesmal Rubehns jüngerer Bruder und der alte Prokurist, die sich zur Rückkehr nach Frankfurt nicht hatten entschließen können, geladen waren. Auch Anastasia. Melanie, die noch vor Eintreffen ihres Besuches allerlei Wirtschaftliches anzuhören hatte, war ganz Aufregung und Ergräcik ordentlich, als sie gleich nach Dunkelwerden und lange vor der festgesetzten Stunde die Klingel gehen hörte. Wenn das schon die Gäste wären! Oder auch nur einer von ihnen.

Aber ihre Besorgnis währte nicht lange, denn sie hörte draußen ein Krachen und Parolmentieren und gleich darauf erschien das Brenel und trug eine mittelgroße Kiste herein, auf der, ohne weitere Adresse, bloß das eine Wort „Zulklapp“ zu lesen war.

„Ist es denn für uns, Breni?“ fragte Melanie.

„I denk schon. I hab' ihm gesagt: „'s isch der Herr Rubehn, der hier wohnt. Un die Frau Rubehn.“ Un do hat er gesagt: „'s isch schon recht; des isch der Nam.“ Un do hab' i's g'nomme.“

Melanie schüttelte den Kopf und ging in Rubehns Stube, wo man sich nun gemeinschaftlich an das Dessen der Liste mache.

Nichts fehlte von den gewöhnlichen Zulklapp-Zutaten und erit als man unten am Boden eines großen Gravensteiner Apfels gewahr wurde, sagte Melanie: „Gieb acht. Hierin steckt es.“

Aber es ließ sich nichts erkennen, und schon wollte sie den Gravensteiner, wie alles andere, beiseite legen, als sich durch eine anfällige Bewegung ihrer Hand die geschickt zu-

sammengepressten Hälften des Apfels auseinander schoben. „Ah, voila.“ Und wirklich, an Stelle des Kernhauses, das herausgeschossen war, lag ein in Seidenpapier gewickeltes Päckchen.

Sie nahm es, entfernte langsam und erwartungsvoll eine Hülle nach der anderen und hielt zuletzt ein kleines Medaillon in Händen, einsch, ohne Prunk und Bierat. Und nun drückte sie's an der Feder auf und sah ein Bildchen und erkannte es und es entfiel ihrer Hand. Es war, ein Miniature, der Tintoretto, den sie damals so lachend und übermütig betrachtet und für dessen Hauptfigur sie nur die Worte gehabt hatte: „Sieh, Ezet, sie hat geweint. Aber ist es nicht, als begriffe sie kaum ihre Schuld?“

Ach, sie fühlte jetzt, daß das alles auch für sie selbst gesprochen war, und sie nahm das ihrer Hand entfallene Bildchen wieder auf und gab es an Ruben und errötete.

Dieser spielte damit hin und her und sagte dann, während er die Feder wieder zupfte: „King Ezet in all his gloria! Immer der selbe. Wohlwollend und ungeschickt. Ich werd' es tragen. Als Uhrgehäng, als Verlogue.“

„Mein ich. Ach, Du weißt nicht, wieviel es mir bedeutet. Und es soll mich erinnern und mahnen . . . jede Stunde . . .“

„Meinetwegen. Aber nimm es nicht tragischer als nötig und grüble nicht zuviel über das alte leidige Thema von Schuld und Sühne.“

„Du bist hochmütig, Ruben.“

„Nein.“

„Nun gut. Dann bist Du stolz.“

„Ja, das bin ich, meine süße Melanie. Das bin ich. Aber auf was? Auf wen?“

Und sie umarmten sich und küssten sich, und eine Stunde später brannten ihnen die Weihnachtslichter in einem ungefährten Glanz.

Ende.

lange die Grenzen für das fremde Vieh gesperrt sind. Das Vieh muß sich je länger je mehr fühlbar machen. Die Definition der Grenzen ist deshalb eine unbedingte Notwendigkeit. Die Versendung der ausländischen Viehbestände ist nur ein Vorwand, den die Agrarier erfunden haben, um sich an hohen Fleischpreisen bereichern zu können.

Politische Übersicht.

Die Massenkundgebung für die Revision des Dreyfusprozesses.

Aus Paris schreibt uns unser #. Korrespondent vom 2. Oktober: Die imposantesten der bisherigen Kundgebungen für die Revision fand gestern im proletarischen Montmartre-Viertel statt unter dem Vorh. Gérault-Richards, des Chefredakteurs der *Petite République*, und mit Juvaux als einzigen Redner. Wie bei allen wirklichen Massenkundgebungen, erwies sich der etwa 4000 Personen fassende Saal als viel zu klein. Hunderte und Überhunderte von Personen mußten umstehen wegen Platzmangels im bis zum Erdrücken vollen Saal. Es war auch die erste Revisionsversammlung, in der die störenden Elemente so verschwinden waren, daß sie nicht aufzumuntern wagten. Die einmütige Begeisterung des Publikums für die Sache der Revision, für die Person des Redners, ebenso wie für Zola und Picquart, entlud sich in nicht endenwollenden Beifallsausbrüchen, die mitunter so häufig sich wiederholten, daß die Ausführungen des Redners darunter litten.

Jaurès sprach über die Haltung der Sozialisten in der Dreyfusaffäre. Der Kern seiner zweitständigen Rede besteht in dem Nachweis, daß das Proletariat im höchsten Grade am Kampfe gegen die militärische Oligarchie interessiert sei — ebenso sehr als unterdrückte Klasse wie als Vorkämpferin einer höheren Gerechtigkeit für die im Sozialismus verhünte Menschheit. Mit dem Siege auf dem Boden der Dreyfusrevision könne und dürfe der Kampf nicht anhören. Es gelle die unvermeidlichen Konsequenzen aus der enthaltenden Verrottung des Militärlüngels zu ziehen. Es gelle, den Militärbauz in seinen gefährlichen Wurzeln zu treffen. Und Jaurès begreide indes zum Schluss folgende vier Forderungen: Abfassung der Kriegsgerichte; Anpassung der höheren Militärschulen an den allgemeinen Universitätsunterricht; Durchführung des Militärgegesches von 1889, das eine militärische Ausbildung der Jugend vorsieht, zum Zwecke der Ausbildung der Volksmiliz nach schweizerischem Muster; Stimmrecht für die Soldaten.

Die Polizei hatte natürlich die Gelegenheit nicht versäumt, provokatorische Maßnahmen zur Draufsetzung des Publikums zu treffen. Vergebliche Liebesmühle: die von der Polizei beschütteten Lumpenbanden haben nach Schluss der Versammlung auf der Montmartre-Straße nur einige bedeutungslose Zusammenstöße provozieren können.

Deutsches Reich.

* Berlin, 4. Oktober. Über die Buchhausvorlage widersprechen die neueren Meldungen den früheren. Nach der Nationalzeitung ist noch keinerlei Beschluss darüber gefasst, ob die Änderung im Rahmen der Gewerbeordnung oder des Strafgesetzbuches erfolgen soll; es haben darüber noch keine Verhandlungen stattgefunden, und es wird an der erforderlichen Unterlage für diese so lange fehlen, als noch Antworten der Bundesregierungen auf die Umfrage des Grafen Posadowsky vom Dezember v. J. ausstehen. Bis jetzt sind diese Antworten noch keineswegs vollständig. Der Nordd. Allg. Btg. ist nicht bekannt, ob die früheren Meldungen zutreffen; dafür giebt das Blatt folgenden Oralespruch zum besten:

Wir wissen nur das eine, daß nicht mehr und nicht weniger geplant ist, als bessere gesetzliche Abwehrmaßregeln gegen den auf Revolution obzulegenden sozialdemokratischen Terrorismus, unter dem die Arbeiterschaft furchtbar zu leiden hat und von dem sie befreit werden muß, wenn anders das deutsche Reich nicht aushören soll, ein Rechtsstaat zu sein. Nicht der Kaiser und die Bundesregierungen, sondern die gewerbsmäßigen sozialistischen Herren bedrohen die Koalitionsfreiheit und die Freiheit der Arbeiterschaft überhaupt.

Da die Nordd. Allg. Btg., bevor sie diese Weisheit von sich giebt, sich auf Herrn Max Lorenz als Gewährsmann beruft, erscheint ihr Oralespruch ebenso begreiflich als nicht beachtenswert. —

Der im Reichsschahamt aufgestellte Vorentwurf zum neuen Zolltarif, der sich auf eine veränderte Anordnung und vielfach neuen Wortlaut der Tariffstellen beschränkt, die Zollsätze aber noch nicht enthält, ist den Bundesregierungen zur Prüfung zugegangen. Sobald diese stattgefunden hat, schreibt die Nordd. Allg. Btg., und die dadurch etwa bedingten Änderungen vorgenommen worden sind, werden die berufenen Vertreter der Landwirtschaft, des Handels und der Industrie Gelegenheit erhalten, sich über den Entwurf anzusprechen und Wünsche wegen der weiteren Gestaltung zu äußern. —

Die Bauerlaubnis für die Umwehrung und das Thor des Friedhofs der Berliner Märzgefallenen ist, wie jetzt die Berl. Pol. Nachr. bestätigen, tatsächlich aus politischen Gründen bisher nicht erteilt worden. Nicht bauliche Gesichtspunkte allein, so läßt das Ministerium des Innern durch den Mund des Herrn Schweinburg versichern, seien für die Prüfung der Bauerlaubnis maßgebend, die Polizei sei verpflichtet, „auch weitergehenden Rückblicken des Gemeinwohls bei der Prüfung eines Bauvorhabens Rechnung zu tragen und von ihrer Wahrung die Erteilung der Bauerlaubnis abhängig zu machen“. Die Stadtbehörden haben beschlossen, „das Holzstaket der Umwehrung des Friedhofs durch ein eisernes Gitter und die Eingangspforte durch ein steinernes Portal nach dem Entwurf des Stadtbaurats Ludwig Hoffmann zu ersehen“. Ein eisernes Gitter und ein steinernes Portal können also in Berlin das „Gemeinwohl“ schädigen! —

Das Kolonialblatt veröffentlicht die Einberufung des Kolonialrats auf den 24. Oktober sowie eine neue Zollordnung für die Innengrenze in Deutsch-Ostafrika, ferner einen Bericht des Gouverneurs Generalmajors Liebert über seine Reise nach Usagara und Uluguru. —

Die Arbeiten der Regierung für die nächsten Sitzungen des Reichstages sind nach einer parlamentarischen Korrespondenz ziemlich im Rückstande geblieben. Am weitesten gediehen scheinen die Arbeiten des Reichspostamtes und Reichsamtes des Innern zu sein. So liegt z. B. der bezüglich der Grundstücke entworfene und fertig gestellte Entwurf der Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung dem Reichsamt zur Prüfung vor. —

Die Reichskommission für Arbeiterstatistik wird in der ersten Woche des November wieder zusammentreten. Auf der Tagesordnung werden die Feststellung des Berichts über

Ergebnisse bezüglich des Müllereigewerbes und die Verneinung von Auskunfts Personen des Gastwirtgewerbes stehen. —

Dem kaiserlichen Gouverneur in Kamerun v. Puttkamer sind die Befragungen eines Generalkonsuls für das Gebiet des unabhängigen Kongostaates erteilt worden.

Der Unterlass des Ministers v. d. Necke wird in der gesamten Presse, mit Ausnahme der konservativen, auf das strengste verneint. Die Nationalzeitung hat beinahe den Eindruck empfangen, als ob die Unregung zu dem Erlass von einer militärischen Stelle ausgegangen wäre. Ihr erscheint es fraglich, ob überhaupt ein Minister für eine allgemeine Anordnung, wie sie sich in der Verfassung des Herrn v. d. Necke an die Errichtung der Erfurter Vorläufe anschließt, die Verantwortung übernehmen darf. Es giebt im Frieden nur wenig so schwierige Situationen, wie die eines polizeilichen — und ähnlich ist die eines militärischen — Kommandanten, der gegen eine tumultuierende Volksmenge einzuschreiten hat, um die Ruhe wiederherzustellen. Die Germania hält angesichts der Begegnungen im Erfurter Prozeß die Frage für berechtigt, „ob der Minister des Innern nicht besser daran gehabt hätte, die Gerichtsverhandlungen über den Erfurter Vorfall abzuwarten, statt acht Tage vorher den vertraulichen Erlass an die Erfurter Regierung zu richten. Und hat der Minister nachher Schritte gegen die „überreifigen“ Polizeibeamten gethan?“ Die Stuttgarter Post erwartet natürlich, der Besinnung ihres Inspizitors entsprechend, eine heilsame Wirkung von der Abordnung, indem sie einen Missbrauch der Anwendung der Waffen zu verbieten geeignet sei. Welt davon entfernt, inhuman oder kulturwidrig zu sein, sei der Erlass durchaus berechtigt. Auch die Kreuzzeitung ist mit dem Erlassen zufrieden; denn es liege im „Interesse der gesamten die Ruhe und Ordnung liebenden Bevölkerung, wenn bei Zeiten und in voller Offenheit darüber Klärheit verbreitet wird, daß die Staatsgewalt den festen Willen hat, allen Absichten, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören, streng und entschieden entgegenzutreten.“

Die Scharfmacher an der Arbeit. Im Centralverband deutscher Industrieller, der unter dem Vorzeichen des Herrn v. Hohler am Sonnabend in Berlin zusammengelommen war, führte der Generalsekretär Bueck aus, daß gegen die drohende Gefahr der bei den Reichstagswahlen hervorgetretenen weiteren Ausbreitung der Sozialdemokratie nur der Staat durch eine energische Gesetzgebung helfen könne. Es kann ein neues Sozialistengesetz sein, es kann aber auch eine schärfere Gesetzgebung auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts sein.“ Der Centralverband werde eine gesetzgeberische Aktion gegen die Überschreitung des Sozialistischen Gesetzes freudig begrüßen und mit aller Kraft unterstützen. Danach scheint die Sehnsucht nach dem Buchhauses sehr stark zu sein.

Eine Erhöhung der Garnzzölle zu beantragen, beschlossen die von Herrn v. Hohler am Donnerstag und Freitag in Berlin abgehaltenen Versammlungen von Textilindustriellen „zur Herstellung einer Einigung zwischen Spinnern und Weben“. Es wurde nämlich der Antrag angenommen, beim wirtschaftlichen Anschluß die Beibehaltung der Zölle von 1879 zu beantragen. Diesem Antrag wurde offenbar auch von vielen Industriellen zugestimmt, die der Meinung waren, es handle sich hierbei um Beibehaltung der jetzt gültigen Zollsätze. Es ist aber im Jahre 1891 gelegentlich des Handelsvertrages mit der Schweiz die Zollstata für seines Garnzöllern erhöht worden. Diese ermäßigten Zölle gelten auch heute infolge der Meistbegünstigung im Verkehr mit England. Es handelt sich hier also nicht um eine Beibehaltung der heute bestehenden Zölle, sondern um eine wesentliche Erhöhung.

Am Freitag wurde die Ausstellung eines Tarifs für baumwollene Gewebe auf der Grundlage der Verzollung nach Gewicht und Fadenzahl der Gewebe beschlossen. Ausgenommen werden Tüll und Möbelstoffe. In Bezug auf den Veredelungsverkehr wurde folgende Resolution gefasst:

Die Versammlung erklärt es als wünschenswert: 1. daß bei Abschluß der neuen Handelsverträge die Wirkung des vertragmäßig festgelegten Berebelungsverkehrs auf die einheimische Produktion besonders beachtet werde und 2. daß bei Gestaltung des Berebelungsverkehrs im Verwaltungswege bei entgegenstehenden Interessen der an dem Verkehrs beteiligten Industrien eine entscheidende Centralstelle für das Reich geschaffen werde.

Über das deutsch-englische Abkommen bringt die Post einen erfrischlich vom Auswärtigen Amt inspirierten Beitrag, der das Verfahren der deutschen Regierung gegenüber den zahlreichen Preishangriffen zu recht fertigen sucht. An positiven Mitteilungen enthält der Artikel nur die bestimmte Erklärung, daß Abkommen berühre lediglich die englischen und die deutschen Interessen in Afrika, ohne in die Angelegenheiten Kleinasiens, Ägyptens, Chinas oder irgend welcher anderer Landstriche einzutreten, wo dritte Mächte interessiert sind. Gespottet wird über das Bestreben mancher deutscher Zeitungen, die Delagoabai zu einer Art deutschen Nationaleigentums zu machen. Die Delagoabai sei portugiesisches Eigentum. Das deutsche Reich stand von vornherein dem Vertrag von 1891 gegenüber, in dem sich England von Portugal das Vorläuferecht auf die Bai hatte slipulieren lassen. „Wenn wir“, so heißt es in der Post, „für die ausdrückliche Anerkennung dieses Rechtes als Gegenseitung von England große und wichtige Vorteile erlangen können, so haben wir kein „wohlerworbenes Recht“, wie von vielen Seiten gesagt wird, aufgegeben, sondern nur neue Rechte, die wir vorher nicht besaßen, hinzuerwerben.“ Mehrfach wird in dem Artikel noch unbedingtes Vertrauen zu den gegenwärtigen Leitern der deutschen auswärtigen Politik verlangt.

Ein offizieller Artikel der Schlesischen Zeitung erklärt, entsprechend den Mitteilungen der Post, daß das Abkommen weder ein Bündnisvertrag sei noch eine Vereinbarung über Streitfragen, bei denen andere Großmächte interessiert seien, daß der Vertrag sich also nicht auf Ägypten, Kleinasien, China u.c. bezieht; es handle sich lediglich um eine Regelung kolonialer Angelegenheiten im Süden Afrikas, wobei die Grundlage die gemeinsame Bindgarantie für ein portugiesisches Auseinander sei. Mit dieser Angabe werde sich die Wissbegier auch wohl für die nächste Zeit begnügen müssen. Wenn aber so das Geheimnis des deutsch-englischen Abkommens streng gewahrt werde, dann liege doch der Schluß nahe, daß gewichtige Gründe für das Schweigen vorhanden sind.

Nach einer gleichfalls offiziellen Meldung der Münchener Allgemeinen Zeitung wird das Abkommen nicht veröffentlicht, weil sich die Vereinbarung teilweise auf Fragen bezieht, die noch gar nicht aktuell geworden sind. Die Thatfrage, daß das Abkommen getroffen wurde, sei seiner Zeit durch die englische Presse sehr stark aufgebaut worden.

Die Mitteilung der Daily News über den Empfang des Gesandten Dr. Leyds ist, wie der Vossischen Zeitung von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, buchstäblich wahr. Der Königlichen Zeitung wird aus Berlin telegraphiert, daß das, was die englische Presse über Neuigkeiten berichtet, die der Vertreter des Auswärtigen Amtes, v. Derenthal, gegenüber dem Transvaalbefandten Leyds im Auftrage des Kaisers gemacht habe, bereits unmittelbar nach der letzten Anwesenheit des Herrn Leyds in Berliner journalistischen Kreisen verbreitet war und auf Herrn Leyds selbst zurückgeführt wurde.

Höhere Kartoffelpreise fordert die Korrespondenz des Bundes der Landwirte. Die diesjährige Kartoffel haben einen größeren Stärkegehalt als die des Vorjahrs, die Stärke steht im Großhandel um drei Mark höher als im vorigen Herbst, und doch wollen die Stärkesabruen nur 30 M. für den Kilo bezahlen. Das braucht sich der Bund nicht gefallen zu lassen, denn „die Stärkelager sind gering, der Spirituosenmarkt ist animiert, und ein Kartoffelstiegspotential steht in Aussicht“. Die Gelegenheit ist also günstig, und dringend rät deswegen die Bundeskorrespondenz, den Wisselpunkt nach dem Vorschlag einiger Kolmarer Blätter auf 36 M. zu setzen.

Offiziell wird das Vorgehen der Landwirte des Kolmarer Kreises von dem erwünschten Erfolg begleitet sein und den erneuten Beweis dafür liefern, daß die Landwirtschaft bei einemligen, geschlossenen Vorgehen auch heute noch die Macht besitzt, ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen!

An der Verleinerung des Brotes und des Fleisches haben die Herrn Agrarier noch nicht genug. Nun soll auch noch die Hauptnahrung der Armen verteuert werden! Vielleicht findet ein Landwirtschaftsminister Mittel und Wege, auch diese neueste „berechtigte Forderung“ der Agrarier thätig zu unterstützen. Ait gutem Wissen wird es ja nicht fehlen.

Die Nachricht, daß die Hollermähnungen des kanadischen Vorzugsstoffs nicht nur dem britischen Mutterland und mehreren britischen Kolonien, sondern auch Frankreich gewährt werden, wird in der Nordd. Allg. Btg. als irrthümlich bezeichnet. Bereits die Ausführungsbestimmungen zu dem kanadischen Tarif vom Jahre 1897 führen Frankreich ebenso wie Deutschland bei benachbarten Ländern aus, denen die Vergünstigungen des „Gegenfehltarif“ nur provisorisch zugestanden wurden. In der kanadischen Tarifnovelle von 1898, durch die die Bestimmung über den Gegenfehltarif aufgehoben und der „Britische Vorzugsstoffs“ eingeführt worden ist, sind jedoch außer dem Mutterland nur britische Kolonien als Länder aufgeführt, denen die Ermäßigungen des Vorzugsstoffs zu teilen werden soll. Auch eine direkte Erklärung in Kanada hat bestätigt, daß Frankreich ebenso wie Deutschland von den erwähnten Hollermäßigungen ausgedehnt ist.“

Aus dem Gesetzentwurf für Eisenbahnumfallämter, den Amtsrichter Dr. Böhme für den Verband deutscher und österreichischer Beamtenvereine ausgearbeitet hat und der vom Verband einstimmig angenommen und dem Justizminister unterbreitet worden ist, werden nachfolgende Bestimmungen mitgeteilt:

S 1. Für jeden größeren Eisenbahnyverwaltungsbezirk wird ein Eisenbahnumfallamt gebildet. Die Abgrenzung der Bezirke steht dem Reichselsahnamt zu. S 2. Das Unfallamt hat jeden in seinem Bezirk vorliegenden durch den Betrieb veranlaßten Unfall zu prüfen und ein begründetes Gutachten abzugeben darüber: a) welches der Verlust bei dem Unfall war, b) welche mangelhaften Einrichtungen bei Gefahrlosigkeit des Unfalls hervorgetreten sind, und wie Besserung zu erzielen ist, c) durch wessen Fahrlässigkeit der Unfall verübt ist, und ob der Schuldige strafrechtlich oder disziplinarisch verfolgt werden soll, d) ob der Schuldige nach seinen Lebensverhältnissen und nach Lage des Falles schadenshaftig gemacht werden soll, e) welchen Personen für ihre Täglichkeit bei Anwendung der Unfallsgefahr eine Belohnung gewährt werden soll. S 3. Das Unfallamt entscheidet in der Belebung von fünf Mitgliedern. Den Vorst. führt ein Richter. Beisitzer sind zwei höhere Eisenbahnbeamte und zwei im Eisenbahnbetrieb unmittelbar thätige Beamte. Wird ein Eisenbahnbeamter beschuldigt, den Unfall verübt zu haben, so kann er verlangen, daß vor Erstattung des Gutachtens ein fehler, von ihm auszuwählendes Mitglied mit beratender Stimme hinzutrete. Der Beischuldigte muß gehört werden. S 4. Die Beisitzer sollen, soweit es möglich ist, nicht der Verwaltung angehören, für die das Amt errichtet werden ist. Wenn dies nicht durchführbar ist, sollen für die einzelnen Fälle wenigstens nach solche Mitglieder berufen werden, die dem betreffenden kleineren Verwaltungsbezirk angehören. S 5. Sämtliche Beisitzer sind verpflichtet, mit grösster Geschleunigung zu vorkommen. Es ist auf möglichste Einsichtlichkeit der Formen des Verfahrens Bedacht zu nehmen. S 6. Die Staatsanwaltschaft und das Gericht sind an das Gutachten nicht gebunden. Die Eisenbahnyverwaltung darf nicht entgegen dem Gutachten ein Verfahren gegen einen Beamten einleiten oder die eingeleitete Untersuchung fortsetzen. S 10. Die Kosten der einzelnen Untersuchungen trägt die Verwaltung, in deren Bezirk der Unfall vorgekommen ist. Die allgemeinen Kosten tragen die beteiligten Verwaltungen anteilsweise.

Alte politische Nachrichten. Der Director im Reichstage, Geheimer Regierungsrat Knack, ist vor einigen Tagen operiert worden. Die Operation ist in jeder Beziehung gelungen und begreift die Hoffnung auf Heilung vorliegen. — Den Berliner Pol. Nachr. zufolge werden in Deutschland Vorbereitungen getroffen, um entsprechend einer von Frankreich und England aufgehenden Anregung 1901 einen internationalen Kongress für das Kaufmännische Unterrichtswesen zu veranstalten. — Die Bernsteiner Palmiden gehen noch der Köln. Btg. mit Ländereien und Rohvorräten am 1. Juli 1899 in den Besitz des Staates über. Der Kaufpreis beträgt 10½ Mill. Mark. — In Hamburg tagt seit der dritten Generalversammlung des Bundes deutscher Frauenvereine. Dem Bunde gehören jetzt 105 Vereine an. — Der bayerische Bauernbund hält am 2. Oktober unter Aufschluß jeder Deffentlichkeit eine Delegiertenversammlung ab, die einen sehr tumultuarischen Verlauf nahm. — Nach Würzburger Meldungen ist Aussicht vorhanden, daß zwischen Bayern und Preußen ein Vertrag über die Fortsetzung der Mainkanalisation bis Alsfeldenburg zu stande kommt. — Wie Zeitungen melden, soll der Papst beabsichtigen, die sogenannte goldene Rose dieses Jahr der Prinzessin Gisela von Bayern zu senden. Der Prinzessin fehlen die Mittel nicht, bemerkt das Bayerische Vaterland, die diese etwas teure Auszeichnung erfordert. — Der spanische Ministerrat beschloß, die Königin-Regentin möge das ihr angetragene Schiedsrichteramt in der Grenzstreitigkeitsfrage zwischen Chile und Peru annehmen. Es handelt sich hierbei um die Staatsangehörigkeit der Provinzen Tacna und Arica. — In Gettysburg sind aus Vereinigte Nachrichten über Kämpfe zwischen Muselmanen und Christen eingetroffen. Ein Verbrechen war der Anlaß zu den Streitigkeiten. Drei Muselmanen wurden getötet und mehrere verwundet, auf Seite der Christen wurden zwei getötet und drei verwundet.

Oesterreich-Ungarn.
Verhandlung über die Ausgleichsvorlage. — Ausgeführte Versammlung.
Wien, 3. Oktober. Im Abgeordnetenhaus wurde der zweite Teil des Antrages Schlegel, das Haus möge sofort in die erste Lesung der Ausgleichsvorlagen eintreten, mit 203 gegen 33 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die deutsche Volkspartei, die Sozialdemokraten und die Schwestern. Zur ersten

Erzung der Ausgleichsvorlagen sind 55 Abstimmungen gegen die Vorlagen gemeldet, niemand dafür.

Der Sozialdemokrat Verlauf führt aus, der Ausgleich müsse im Hause verhandelt werden, da es nicht ruhig hingenommen werden dürfe, daß dem Volke wieder 50 Millionen neuer Lasten auferlegt würden. Seine Partei sei eine entschiedene Anhängerin eines gemeinsamen Völkerbundes. Das Boll- und Handelsblindnis diene vor allem dem Militarismus, der den Arbeitern ungeheure Lasten auferlege. Er erörtert sodann die Lasten des Militarismus sowie einzelne Bestimmungen der Vorlagen, die für Ungarn einen erheblichen Gewinn bedeuteten, und führt statistische Daten zur Berechnung der Lasten an, die dem Volk aus der Verzehrungssteuer erwachsen. Nedner schildert die traurige Lage der Arbeiter. Seine Partei werde an dem Grundsatz festhalten: Ein guter Ausgleich oder kein Ausgleich.

Finanzminister Dr. Raizl wendet sich gegen die Behauptung, als ob es der Regierung sehr ungünstig wäre, wenn der Ausgleich parlamentarisch beraten würde sowie dagegen, daß die Regierung immer nur die Absicht gehabt habe, den Ausgleich so schnell als möglich auf Grund des § 14 durchzuführen. Als Grund werde immer das Communiqué der Wiener Abendpost vom 30. August angegeben, worin die Regierung erklärt, sie wolle noch einmal an das hohe Haus appellieren, habe aber Vorsorge getroffen für den Fall, daß die parlamentarische Erledigung in Wahrheit nicht ertragbar sei, d. h. daß die Regierung provisorische Dispositionen bis zur endgültigen Erledigung des Ausgleichs in Aussicht genommen habe. Es sei ungerechtfertigt, daraus der Regierung einen Vorwurf zu machen. Wohl der Regierung sei es, Vorsorge zu treffen, daß eine gewisse Verhüllung in allen jenen zahlreichen produzierenden Kreisen geschaffen werde, die in ihrer ganzen wirtschaftlichen Existenz davon abhängen, ob das Verhältnis zu Ungarn aufrecht erhalten bleibt oder nicht. Der Minister weist ferner den Vorwurf der Frivolität zurück, sowie jenen Vorwurf, daß die Regierung der diesseitigen Reichshälfte es an einer energischeren Unterstützung der Industrie fehlte. Dieser Regierung den Vorwurf der Indolenz zu machen, sei ungerechtfertigt. Der Minister verweist auf die Förderung der Industrie durch die jüngst inaugurierte Anspruchnahme der Kapital-Association und betont, die Regierung habe die Absicht, die Industrie und Landwirtschaft wirklich zu fördern. Gegenüber dem Abgeordneten Verlauf hebt der Minister hervor, es werde gerade in letzter Zeit namentlich in den staatlichen Betrieben sehr viel für die Arbeiter getan. Wenn aber den Arbeitern gegenüber etwas Geleistet werde, werde dies niemals anerkannt, sondern die Thatsachen würden einfach verschwiegen und zum Gegenseitigen unbestimmt und unqualifizierter Angriffe gemacht. Die Neubelastung durch die indirekten Steuern sei der springende Punkt, um den sich der ganze Widerstand gegen die jetzigen Ausgleichspunktionen drehe. „Wir sind ein älterer Industriestaat mit einer alten fundierten Industrie, während Ungarn ein junges aufstrebendes Land ist. Wir sind mit dem Absatz unserer Industrieprodukte auf Ungarn und Ungarn ist mit dem Absatz der Exportprodukte auf uns angewiesen.“ Bei Durchsicht der Ausgleichsvorlagen erjehe man, daß Konzessionen auch von ungarischer Seite gewährt wurden. Die Regierung halte an der Annahme fest, daß eine den Verhältnissen entsprechende Minderung der Quotenleistung Österreichs eine unabsehbare Ergänzung der Ausgleichsbereinbarungen bilden, welchem Standpunkt der vielversprochene Passus im Motivenberichte entspreche. Nedner resümiert den Stand der Valutfrage und sagt: „Gegenwärtig bleiben 112 Millionen Staatsnoten und 70 Millionen Hypothekarverbindungen einzulösen. Durch den bestreitenden Ausgleichsgesetzentwurf wird der gesamte Umlauf an Staatsnoten außer Tirkulation gebracht; dazu sind 78½ Millionen in Gold notwendig, damit durch die Vermittlung der Bank die Prägung von Fünfkronenstückchen und die Ausgabe von Zehnkronen-Pfandnoten bewirkt werde. Auf diese Weise wird die österreichische Valuta zu einer rein metallischen, zur wirtschaftlichen normalen Valuta geregt werden. Der Minister hebt hervor, die gefürchteten Folgen der Valutaregulierung seien nicht eingetreten. Ausgabe der Regierung sei es, die Valutareform im Sinne der Abmachungen von 1892 und 1894 fortzuführen. Es wird sich nicht darum handeln, die Aufnahme der Barzahlungen zu präzisieren, sondern die Gestaltung der Verhältnisse abzuwarten.“ Der Minister drückt schließlich seine Freude darüber aus, daß das Haus bereit sei, in die konkrete Arbeit einzugehen, wobei sich der wahre Wert der Ausgleichsstipulation zeigen werde. Der Ausgleich sei eine Frage der österreichisch-ungarischen Monarchie und der österreichisch-ungarischen Großmacht. Sollte die wirtschaftliche Einheit durch die Verweigerung des Ausgleichs gefährdet erscheinen, so würde dadurch auch die gemeinsameVertretung nach außen und die gemeinsame Armee angegriffen werden.

Nachdem Abg. Ritter v. Jaworski (Pole) die Regierung der Unterstreichung der Majorität versichert hatte und der deutsch-fortschrittliche Abg. Becker den Ministerpräsidenten persönlich scharf angegriffen und die Vorlage als unannehmbar bezeichnete, wurde die Debatte abgebrochen.

Eine von etwa 3000 Personen besuchte Versammlung, in der Abgeordneter Schrammel über den Ausgleich sprach, wurde nach kurzer Dauer wegen heftiger Auseinandergegen die Regierung aufgelöst. Es folgte ein mehrere Minuten andauernder tumult. Der Saal leerte sich jedoch ohne weiteren Zwischenfall.

Frankreich.

Erklärungen Esterhazys. — Von du Pathy de Clam. — Die deutsche Regierung und die Dreyfussache. — Ein Verein gegen monarchistisch-klerikale Untrübe. — Steckbrief gegen Esterhazy.

Von der Friedenskommission.

Paris, 3. Oktober. Der Matin veröffentlicht weitere Entwicklungen, welche Esterhazy dem Pariser Korrespondenten des Londoner Observer Strong gemacht haben soll. Esterhazy erklärte nach einer ausführlichen Meldung, die die gestern gebrachten Nachrichten ergänzt, 1. der Bordereau stamme von ihm, aber die Reproduktion in den Blättern sei nicht nach dem Original, sondern nach einer schlechten Kopie hergestellt, 2. daß potit blou und das Speranzatelegramm seien von Esterhazy auf Befehl du Pathy de Clams geschrieben, um Picquart zu verderben. Pathy de Clam handelte dabei im Namen des ganzen Generalstabs, 3. Berlus, der die gerichtliche Verfolgung gegen Esterhazy und Pathy de Clam beantragt hatte, sei von der Anklagekammer als unkompetent erklärt worden, nachdem der Generalstab, sowie der Kriegsminister Cavagnac einen Druck auf die Anklagekammer ausgeübt, um Pathy de Clam, den Beller Cavagnac, und Esterhazy zu retten, 4. als Bellienx die Untersuchung im Esterhazyprozeß leitete, habe Esterhazy täglich geheime schriftliche Mitteilungen über die Aussagen der Zeugen und Malschläge über die von ihm zu erlegenden Antworten erhalten, 5. erklärt Esterhazy: Mein Bericht an

die lehre Untersuchungskommission begann mit den Worten: „Ich bin der Mann des Generalstabs, rißt mich nicht an!“

6. Meine Entschlüsse werden erst mit großer Bestimmtheit bei der Eröffnung der Kammer erfolgen, um eine Ministerkrise zu verhindern. Die große Bombe über meine Vaterschaft des Bordereaus wird erst dann platz, wenn Dreyfus zurückgekehrt und zum zweiten Male verurteilt ist.“

Wie die Capitale mitteilt, stieg du Pathy de Clam am Donnerstag in einem Hotel in Rom unter dem Namen eines Grafen Marquis de Beel ab und hatte mit mehreren Freunden und einem französischen Journalisten Unterredungen. Am Sonnabend reiste er ab, angeblich nach Neapel, in Wirklichkeit jedoch benutzte er den nach Oberitalien fahrenden Zug.

Die Tribuna bestätigt, daß sich du Pathy de Clam in den letzten Tagen in Rom aufgehalten hat.

Der Generalprokurator des Kassationshofes wird seinen Antrag in der Frage der Revision des Dreyfusprozesses, schriftlich formuliert, dem Vorsitzenden der Kriminalkammer spätestens am Mittwoch zustellen. Der Rat, der mit der Rechtsprechung beauftragt werden soll, wird wahrscheinlich am Sonnabend ernannt werden.

Der Kölner Bfz. wird aus Berlin gemeldet: Der Courier du Soir will erfahren haben, „in diplomatischen Kreisen werde bestimmt versichert, der deutsche Staatssekretär des Neuenen v. Bülow werde auf Befehl des Kaisers der französischen Regierung Ausklärungen über die Rolle geben, die Oberst von Schwarzenbeck in der Angelegenheit Dreyfus gespielt hat; dieser Schritt werde in der freundschaftlichen Form erfolgen.“ Diese Mitteilung ist ganz und gar unzutreffend. Die deutsche Regierung beabsichtigt nichts weniger, als aus der vollständig zurückhaltenden Rolle herauszutreten, die sie seit Beginn des Dreyfushandels befolgt hat, und es liegen gar keine Gründe vor, die zu einem Wechsel in dieser Haltung bewegen könnten. Wenn von verschiedenen Seiten seit einigen Tagen versichert wird, daß Deutschland seine Einflussnahme politisch aufzugeben und unter diesen oder jenen Bedingungen das bisherige Schweigen brechen will, so sind das Vermutungen, die einer reellen Unterlage entbehren. Zweit, nachdem die Revision des Prozesses Dreyfus in Angriff genommen ist und die begründete Hoffnung besteht, daß die Wahrheit an den Tag kommen wird, hat Deutschland weniger als je Anlaß, über dasjenige hinauszugehen, was in der bekannten Erklärung des Staatssekretärs v. Bülow gesagt worden ist.

Mehrere republikanische Abgeordnete und Mitglieder des Gemeinderats aus Paris, Marseille und Lyon beschlossen, einen republikanischen Verein zu begründen, dessen Zweck sein wird, gegen die monarchistisch-klerikalen Untrübe vorzugehen.

Wie verlautet, wurde gegen Esterhazy wegen Vertrags und Fälschung ein Steckbrief erlassen.

Die Friedenskommission hat heute nachmittag von 2 bis 4 Uhr ihre zweite Sitzung abgehalten. Die Delegierten haben sich auf die Eröffnung der Generaldebatte über das Friedensprotokoll beschäftigt. Die nächste Sitzung ist auf den Freitag anberaumt. Morgen werden die Kommissionen dem Präsidenten Faure vorgestellt werden.

Dänemark.

Eröffnung des Reichstags. — Russischer Besuch.

Kopenhagen, 3. Oktober. Der Ministerpräsident Hörring verlas bei der Eröffnung des Reichstages eine königliche Botschaft, in der von dem Tode der Königin Mitteilung gemacht und die feste Überzeugung ausgesprochen wird, daß der Reichstag Anteil nehme an dem schweren Verlust, der den König und das Volk betroffen habe, dessen Vertretung das verflossene Ministerium Estrup unter dem Beifall der Verstorbenen vergewaltigt hat.

Zum Präsidenten des Reichstings wurde der Liberale Högsbro wiedergewählt. Beide Kammern begannen die Wahlprüfungen.

Kaiser Nikolai wird am Freitag in Kopenhagen eintreffen.

Türkei.

Antwort auf die serbische Beschwerde. — Die kretische Frage.

Konstantinopel, 3. Oktober. Die Antwort der Pforte auf die serbische Beschwerde vom 28. Juli, betreffend die Gewalttätigkeiten im Vilajet Kossowo, besagt, eine Anzahl der in der Rolle angelichteten Gewalttätigkeiten wäre, wie die Untersuchung Saad-Eddin Paschas ergeben habe, gar nicht vorgetragen. Man werde erkennen, daß die Beschwerden auf falschen Informationen beruhen, und von Leuten ausgehen, die daran interessiert sind, das freundlichbarbare Einvernehmen beider Reiche zu föhren. Die betreffenden Beschwerden beziehen sich auf das Gebiet der inneren Verwaltung.

Die hiesige russische Botschaft hat noch keine Instruktionen in Sachen der Kreta-Note empfangen. In türkischen Kreisen verlautet, der Sultan werde die Zurückziehung der türkischen Truppen von Kreta ablehnen, und die Note ausweichend beantworten, um Zeit zu gewinnen in der Hoffnung, noch eine andere Lösung der Frage zu erreichen.

Nordamerika.

Instruktion des Admirals Dewey. — Neuer Unterstaatssekretär.

Washington, 3. Oktober. Die Instruktionen des Admirals Dewey gehen dahin, so nahe wie möglich an Peking heranzugehen. Da der Kreuzer Baltimore aber nicht weiter als bis zu den Forts von Taku fahren kann, wird das Kanonenboot Petral die Baltimore begleiten.

David J. Hill, Präsident der Universität zu Rochester, ist zum ersten Untersekretär des Staatsdepartements ernannt worden.

Aus Sachsen und den Nachgebieten.

Dresden, 3. Oktober. Eine Unterbrechung erlitt am Sonntag vormittag die Predigt in der katholischen Hofkirche dadurch, daß ein in den mittleren Jahren stehender Mann aus den Zuhörern plötzlich die zum Hochaltar emporführenden Treppen hinaufging, die den Altar abschließende Gittertür öffnete, hinter sich wieder zuschlug und mit erhobener rechter Hand rief: „Es gibt keinen Christus.“ Zwei sofort hinzugekommene Kirchendienner und zwei Kirchenportiers entfernten den Ruhstößer und übergaben ihn dem vor der Hofkirche postierten Gendarm. König Albert, der ebenfalls dem Gottesdienst beiwohnte, neigte sich wiederholt über die Brüstung seiner Loge. Die Predigt wurde nur auf einige Sekunden unterbrochen. — An den bereits fertiggehauenen großen Sandsteinquadern, die für die Weiterbauten der neuen Eisenbahnen Eibbrücke bestimmt, am Elbquer auf Altdörfel Seite lagen und mit Bildhauerarbeit geziert waren, sind diese Schmuckstücke, als Vasen, Wappen u. s. w., fast alle abgeschlagen worden. Da die

Berührer nur die teuersten Stücke zertrümmert haben, vermutet man einen Nachhalt. Man hat jetzt seitens der Bauleitung dort Posten aufgestellt. Mancher der Steine soll über 300 M. Wert befreit haben.

Der Schmähchriften-Schreiber Sauer aus Klein-Geschwitz, der aller Welt Schmähchriften sandte und deswegen Mitte August verhaftet wurde, ist jetzt ins Siechenhaus überführt worden, um auf seinen Geisteszustand untersucht zu werden.

Miesa, 3. Oktober. Die Nationalliberalen des 7. sächs. Reichstagwahlkreises haben den gelegentlich einer Versammlung in Meißen gefassten Beschuß, sich eine Organisation zu geben, ausgeführt und einen Nationalliberalen Verein im 7. sächsischen Reichstagwahlkreise gegründet. Zweck des Vereins ist es, die Grundsätze der Partei innerhalb des Wahlkreises bei den Wahlen für Reichstag und Landtag zur Geltung zu bringen. Die Gründung wird natürlich nicht verhindern, daß bei den nächsten Reichstagswahlen der Kreis an die Sozialdemokratie verloren gehen wird.

Cheb, 3. Oktober. Auch hier nimmt die Wohnungsnot für die kleinen Leute von Quartal zu Quartal zu. Die letzten Tage des Septembers haben vielen Mietern auch zum Teil ganz beträchtliche Steigerungen des Mietzinses gebracht. Trotz der regen Bauaktivität der letzten Jahre fehlt es sehr an Logis, namentlich auch für die mittleren und ärmeren Kreise. Die Ausbauposition ist mehr auf den Bau großer Geschäftshäuser und eleganter Wohnhäuser in besseren Lagen gerichtet.

so. Bautzen, 3. Oktober. Wie sehr die Wigogne spinnerei darüber liegt, geht daraus hervor, daß zwei Fabriken dieser Branche ihren Betrieb eingestellt haben und eine weitere Firma die gleiche Absicht hat, sobald sie ihre Vorräte in Rohmaterialien ausgearbeitet hat. Andere Spinnereien ändern ihren Betrieb zur Herstellung von Strumpfgarnen und Stricken um.

eo. Wilsau, 2. Oktober. Die Betriebskrankenkasse der Firma Franz Neubert jun. ist nun doch noch errichtet worden. Bekanntlich hatten sämtliche Arbeiter bis auf die Angestellten zur Verhinderung sieben Wochen gestreikt, hatten ferner eine mit 52 Unterschriften von überhaupt 67 vorhandenen Beschäftigten verschworene Petition um Richtgenehmigung an die Kreishauptmannschaft Bautzen gerichtet, und doch hat sie die behördliche Bestätigung gefunden. Auf die Eingabe sind die Petenten verschieden geworden, „daß die Kreishauptmannschaft die Gründe für unbeachtlich gefunden hat und Herr Neubert nach § 60 des Krankenversicherungsgesetzes berechtigt sei, eine Betriebskasse zu gründen.“ Und welches sind die „unbeachtlichen“ Gründe? Daß die Ortskassenkasse, der die Arbeiter bisher angehörten, ein die nötige Höhe weit überschreitendes Vermögen hat, ab 1. Januar 1899 die Familienunterstützung einführt und jetzt schon die Unterstützung viel länger gewährt, als die neue Betriebskasse, die sich auf die geistlichen Minimalleistungen beschränkt. Wenn alles dieses und das einmütige Nichteinverständnis der Versicherten nichts zählt, ist die Bestimmung des Krankenversicherungsgesetzes, wonach die Versicherten vor Errichtung zu hören sind, bedeutungslos. Doch hierauf kommt es nicht an, handelt es sich doch darum, die wenigen Rechte, die die Arbeiter hinsichtlich der Verwaltung noch in den Ortskassenkassen haben, illusorisch zu machen. Denn die Gründe bestehen doch ausgesprochenermaßen in dem Groß darüber, daß die Arbeiter in den Ortskassenkassen die Verwaltung in den Händen haben. Solchen Motiven gegenüber sollte aber die Kreishauptmannschaft etwas zurückhaltender sein.

bm. Zeitz, 3. Oktober. Eine Konferenz der Vertrauensmänner des deutschen Berg- und Hüttenerbeiterverbandes des Zeitz-Weissenfels-Meuselwitzer Kohlenreviers fand am Sonntag hier statt. Vertreten waren 12 Orte durch 18 Delegierte. Über Agitation und Organisation sprach Genosse Hirsch-Bebisch. Aus den sich daranschließenden Berichten der Delegierten war zu erssehen, daß, nachdem durch den ungünstig verlaufenen Streik des vorigen Jahres ein Rückgang in der Organisation sich bemerkbar gemacht hatte, neuerdings ein Umsturz zum besseren eingetreten ist. Hauptsächlich erhofft man durch eine mit dem 1. Oktober ins Leben gerufene Kassenunterstützungskasse einen stabilen Mitgliederstand zu erhalten. Ihre Zahl beträgt jetzt ca. 1200. Über die Presse entzwey sich eine recht lebhafte Diskussion. Freudig wurde einem Beschuß zugestimmt, wonach die Deutsche Berg- und Hüttenerbeiter-Zeitung achtzeitig erscheinen soll. Zum Schluss wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die sich scharf gegen die angekündigte Buchausvergabe wendet.

Stuttgart, 3. Oktober. Die Stuttgarter Zeitung brachte im Juni und zwar kurz vor der Wahl zwei Artikel, in denen gesagt wurde, daß die hiesigen Sozialdemokraten „in der Hauptstadt sich heben und leiten lassen von Leuten, die wegen eines der schwersten und gemeinsten Verbrechen, wegen Weinelds, mit Buchhaus und Chrverlust bestraft werden“ und ferner, „daß die sozialdemokratischen Geherren und Lehren der Behörden Herz und Verstand derartig verwirrt haben, daß sie zu einer einfachen Unterordnung zwischen Recht und Unrecht unfähig geworden“ seien. Unser Halberstädter Parteiblatt ist jetzt in der Lage, seinen Lesern die interessante Mitteilung machen zu können, daß die beiden Artikel von niemand anderem geschrieben worden sind, als von dem Bürgermeister Reinhard.

Aschersleben, 3. Oktober. Die Halberstädter Sonntagszeitung hatte einen Artikel gebracht, in dem gesagt worden war, ein Unternehmer habe eine Anzahl katholische Arbeiter und Arbeiterinnen (Sachseggänger) entlassen, weil sie sich geweigert hätten, am Tage von Mariä Geburt zu arbeiten. Darauf sandte der Unternehmer eine Verjährigung, in der es heißt: „Die katholischen Arbeiter haben sich geweigert, am Tage von Mariä Geburt zu arbeiten, trotzdem die Geistlichen dieser Konfession in Eisleben und Aschersleben am Sonntag vorher von der Kanzel verkündeten, daß die Arbeiter eine Sünde begehen würden, wenn sie an diesem Tage feierten.“ Die katholischen Geistlichen haben sich also hier wie beim Bleiburger Streik auf Seite des Kapitals gestellt und gegen die Feiertagsstellung genommen. So bringt man ähnlich auch die katholischen Arbeiter zur Einsicht über die Arbeiterfeindseligkeit des katholischen Klerus.

Göburg, 3. Oktober. Der Ministerialassistent Krämerlich wurde wegen Fälschung der Unterschrift von Vorgesetzten auf Gehaltsquittungen verhaftet.

Hierzu zwei Belege.

Lagerhalter.

Mittwoch den 5. Oktober nachm. 4 Uhr
Lentzsch, Eiserts Restaurant, Hauptstrasse.
Tagesordnung: Neuwahl eines Vertreters und Stellvertreters ins Gewerbeausschuss.

Verein für Naturheilkunde zu Wahren und Umgegend.

Mittwoch den 5. Oktober abends 7,9 Uhr

General-Versammlung in Schulzes Restaurant.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht der Revisorin. 3. Richtigstellung. 4. Neuwahl nach § 8 des Statuts. 5. Verschiedenes.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt notwendig.

Der Vorstand.

Verein Vorwärts L.-Süd.

Donnerstag den 6. Oktober abends 7,9 Uhr

Mitglieder-Versammlung im Saale des Gambrinus zu Connewitz.

Tagesordnung: 1. Steuerberichtigung und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Freie Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.

Bahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet

Der Vorstand.

Stereotypeure und Galvanoplastiker.

Donnerstag den 6. Oktober abends 7 Uhr

Oeffentl. Versammlung im Saale des Restaurants Spies, Seeburgstr.

Tagesordnung: 1. Vortrag (Referent und Thema wird in der Versammlung bekannt gegeben). 2. Abrechnung vom freiwilligen Unterstützungsfonds. 3. Neuwahl des Vertrauensmannes zum Unterstützungsverein. 4. Bericht der Gewerkschaftsdelegierten. 5. Gewerkschaftliches.

Einem zahlreichen Besuch sieht entgegen

Der Vertrauensmann.

Verein Leipziger Zinkographen

Donnerstag den 6. Oktober abends halb 9 Uhr

Mitgliederversammlung.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Statistiken sind ausgefüllt abzugeben.

Bahlreiches Erscheinen ist unbedingt notwendig.

Der Vorstand.

Drechsler aller Branchen und Berufsgenossen.

Sonnabend den 8. Oktober abends 7,9 Uhr

Oeffentl. Versammlung im Coburger Hof, Windmühlenstrasse.

Tagesordnung: 1. Vortrag über: Die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter. Referent: Genosse Müller. 2. Gewerkschaftliches.

Wir ersuchen die Kollegen, vollständig zu erscheinen. Die Gauverwaltung,

Den geehrten Einwohnern von Leipzig und Umgegend hiermit zur ges. Nachricht, daß ich

Volkmarßdorf, Ewaldstrasse 11

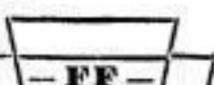
ein

Special-Geschäft

von Fabrikaten aus der Fabrik von

A. L. Mohr, Altona-Bahrenfeld

eröffnet habe. Indem ich um glückliche Verstärkung meines Unternehmens bitte, verspreche prompte, reelle und zuvorkommende Bedienung. Gleichzeitig empfehle:

Allerfeinste Margarine, Marke  im Geschmac, Nährwert und Aroma gleich guter Butter

à Pfund 70 Pfg.

Marske II à Pfund 65 Pfg., Marske III à Pfund 60 Pfg.

Garantiert reines Schweineschmalz à Pf. 55 Pfg.

Mohren-Kakao à Pf. 180 Pfg.

Mohren-Kaffee (bestehend aus einer Mischung von feinem Bohnenkaffee u. besten Kaffee-Ersatzmitteln) à Pfund 60 Pfg.

Feigen-Kaffee-Surrogat à Pf. 40 Pfg.

Gämtliche Artikel werden stets in frischer Ware verabreicht.

Hochachtungsvoll

Max Sieberkropp.

Zum Umzug!

Gardinenketten, Paar 50 Pfg., Gardinenstangen 50, 75, 100 Pfg., Gardinenrosetten, Paar 80, 50, 60 Pfg., verstellbare Vitragen 60 Pfg., Kleiderhalter 50, 55, 85 Pfg., Panelböretter 50, 100, 800 Pfg., Handtuchhalter 55, 65, 100 Pfg., Gemüseträgeren 50, 60, 125, 800 Pfg. bis 12 Mt., Bügels. u. Wichtelkästen 55, 60 Pfg., Briefkästen 50, 100, 125, 150 Pfg., Waschländer 100, 125, 250 Pfg., Waschtisch 800 Pfg., Waschservic v. 1,85 Mt. an.

F. Heinemanns Wirtschafts-Magazin

Leipzig, Zeitzer Strasse 2, Ecke Albertstrasse.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. G. Morgenstern in Leipzig.

Leipziger Volkszeitung

4. Oktober

Arbeiterverein Schönefeld

Sänger-Abteilung.
heute abend plattdeutsch 7,9 Uhr
Trauerstänchen.

Der Obmann.

Rest. König-Albertbrücke, Lindenau.
Freunde und Genossen vergebst den saunten Michael nicht.

offizielle als sehr preiswert: Hamburger Rossspiegel-Herrenzug-schläfte, gewalt, ohne Seitennähte, à Paar Mt. 2,65, 2,40, 2,20, fertig mit Güller u. Gummi Mt. 1,80 mehr, Spiegelblätter, braune, à Paar Mt. 1,20, schwarze Mt. 1,30, Rossleder à Paar Mt. 1,70 und alle Arten Kalblederschläfte.

M. Landy, Leipzig

Nikolaistrasse 15 [8792]

Nikolaistrasse 15.

Ein Mann zum Verhafen alter Küster auf einige Tage gesucht. [9381]
Gern als Garten 16, part.

Barbiergeselle sofort gesucht.

Gohlis, Breitenselde Straße 17

Wiederverläufer und Hausrat-

in Kalendern, Bilderbüchern, Ansichts-Post-

karten, Galanterie- u. Bijouterie-Waren

wollen großen Verdienst erwerben, wenn

sie sich an den Massenverlag von Rob.

Becker, Sternwartenstr. 14, Ecke

Turnerstraße, wenden. [9371]

Stets Eingang von Neuhelten.

Ein älteres Schulmädchen zu Kindern gesucht.

Silberstraße 23, Hof II.

Kunst. Mädel, gef., weich, d. Schnell, gratis erf.

fann, Dörling, Schubus, Dimpfelstr. 52, III.

Vermeinte für kleinere Damenschneidet

u. Schnitzelchen wird, jetzt angenommen.

Atelier Moselok, Tauchaer Straße 10.

Vermeinte f. Damenschneid. sof. unentgeltl.

gesucht. Anger, Zweinaudorfer Str. 8, I. r.

Einige tüchtige Arbeitsmädchen

welche Lust haben das Belzen u. Polieren

zu erlernen, finden daneben Beschäftigung

in der Augustusbüdmabrik von

Thurner & Co., Stötterich

9858 Schulstraße 6.

7 Monat alt. Kind in Pflege zu geben. Neust.

o. Menschöef. Nähers. Alleestraße 28 II. 1.

Nährt werden bezogen. Eigentüllig.

Großschöcher, Hauptstraße 98.

Mein Barbiergeschäft befindet

sich jetzt Eingang Altenberger Str. 37.

9089 Herm. Klaus.

Für nur 3 Mk. werden liebherziger

gewalzen und ges

bügelt, Knöpfe 2,75, Reparaturen billig.

G. Henning, Schneidermeister

Neukirchhof 24, Hof II.

Neugebauer, alad. gebild.,

staat. nicht gepräst. Prakt. b.

Hombopathie u. Naturheilmethode,

früher an Dr. Willm. Schwabes Poliklinik,

POLITIK IM BILDE



Drost in Abrüstungsnoten.

(Père Peinard, Paris.)



MÖRTEN.

Erster Unternehmer: Wie werben wir uns gegen unsere Arbeiter schützen, wenn abgerüstet wird?

Zweiter Unternehmer: Wahl! Man wird Regimenter von Polizisten formieren!

Der Stuttgarter Parteitag.

B. Stuttgart, 8. Oktober 1898.

Der Parteitag wurde heute 9½ Uhr in Dinkelakers Saalbau eröffnet. Genosse Liebknecht heißt als Vorsitzender die Delegierten willkommen. Wir stehen, so führt Redner etwas aus, in Stuttgart auf historischem Boden: hier hielt 1865 die Arbeiterorganisation Deutschlands einen Kongress ab, der die Forderung des allgemeinen Wahlrechts proklamierte, also bereits zur Erkenntnis des politischen Kampfes durchgedrungen war. Im Juni 1870 tagte hier ein Rumpfparlament der Arbeiter: das Proletariat war gespalten, noch nicht zum Bewusstsein seiner ökonomischen Lage gebracht. Seitdem sind 28 Jahre schwerer Kämpfe verlossen, die uns aber nur Siege brachten. Die Thoren, die den Sozialismus durch Polizeigewalt töten wollten, muhten leben, wie die sozialdemokratische Bewegung immer stärker und stärker anstößt. Der Mann, der die Klassendiktatur der Bourgeoisie in ihren vollen Härte proklamiert, ist überwunden worden von der Sozialdemokratie. Und wir sehen, wie jetzt alles aufgeboten wird, um uns zu vernichten: das Kooperationsrecht soll aufgehoben werden, in das Buchhaus will man uns sperren. Der Kapitalismus, der verzweifelt um seine Existenz ringt, will ein Gesetz uns beschaffen, das uns das Buchhaus bringt, das Buchhaus, das wir, nicht fürchten, das große National-Buchhaus, das schon Heine für die Deutschen vorausahnte. Da ist vor einigen Wochen ein Mord an einer Frau begangen worden, die nie in das öffentliche Leben eingegriffen. Es war ein unpolitischer Mord, die That eines Verbrechers. Aber man will auch hieraus gegen uns Waffen schmieden. Man ruft: Dieser Mord ist eine Frucht des Anarchismus und der Anarchismus ist eine Frucht des Sozialismus.

— Wir Sozialdemokraten haben bei tausend Gelegenheiten nachgewiesen, daß Sozialismus und Anarchismus Antipoden sind. (Sehr wahr! und lebhafte Zustimmung.) Der Anarchismus wurzelt in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft, und der Sozialismus steht dem Anarchismus ebenso feindlich gegenüber wie dem Kapitalismus. Der Anarchismus kann überwunden werden nicht durch den Kapitalismus, der ihn selbst geschaffen hat, sondern einzlich durch den Sozialismus, der die kapitalistische Gesellschaft und mit ihr die Wurzeln des Anarchismus wegschaffen wird. (Beifall.) Jetzt sollen neue Gesetze geschaffen werden, durch die wir geknüpft

werben sollen, aber das erscheint uns nicht. (Beifall.) Die Partei, die zwölf Jahre Sozialstreitgesetz durchgemacht hat — sie pfeift auf die Gesetze, die etwa von unseren Feinden gegen uns durchgeführt werden. Jedenfalls werden wir den Kampf aufnehmen und wie wir bisher festgestellt haben, so werden wir auch in Zukunft siegen. (Lebhafte Beifall.) Die bürgerliche Gesellschaft ist am Ende ihres Latenz angekommen. Der russische Kaiser, der wesentlich die Schuld daran trägt, daß Europa von Waffen starrt, machte den Vorschlag der Abrüstung. Das war eine Farce; ob sie flog war, weiß ich nicht, aber das glaube ich, nur Thoren haben sich dadurch täuschen lassen. (Beifall.) Und das steht fest, es gibt nur eine Partei, die durch Überwindung des Kapitalismus und des Militarismus den ewigen Weltfrieden schaffen kann. Das ist die sozialdemokratische Partei. (Beifall.) Schwere Aufgaben sind es, die wir zu lösen haben. Wir werden Stellung zu nehmen haben zu den ernsten Fragen, die Europa bewegen, wir haben aber auch äußerst schwierige Aufgaben zu lösen in unserer eigenen Partei. Über so schwer diese Aufgaben sein mögen, der Parteitag wird sie lösen, das hoffe ich nicht, das weiß ich. (Lebhafte Beifall.) Wir wissen, der Parteitag ist mit dem arbeitenden Volke, wir haben die Massen hinter uns. Nun mehr erläutre ich den Parteitag für eröffnet und bitte, ihn zu konstituieren.

Mehner schlägt Singer als Vorsitzenden vor.

Hoffmann-Wielesfeld: Ich habe von meinen Mandatgebern den Auftrag, gegen die Wahl des Genossen Singer zu sprechen. Wir sind der Ansicht, daß Genosse Singer auf dem Hamburger Parteitag nicht demokratisch verfahren hat, indem er durch eine willkürliche Interpretation einen Teil des Parteitages vergewaltigte. Es ist daher von Wichtigkeit, daß Genosse Singer so ein kleines momente mori erhält, damit er sieht, daß auch die Götter des Olymp sterblich sind. (Heiterkeit.)

Liebknecht weist die Behauptung Hoffmanns zurück. Singer habe bei seiner Interpretation auch demokratisch den Parteitag befragt.

Es wird hierauf die Geschäftsordnungsdebatte geschlossen und Singer mit allen gegen eine Stimme gewählt.

Singer übernimmt den Vorsitz und spricht dem Parteitag seinen aufrichtigen und herzlichen Dank für das Vertrauen aus, das ihm durch die Wahl zum ersten Vorsitzenden entgegengebracht wurde. Welch macht das Bewußtsein stolz, daß hier ein Parlament der Arbeiter tagt, das, wenn es nach dem Willen der herrschenden Klasse ginge, ein Parlament zufriedener Buchhäuser wäre. Wir haben ihn nicht dazu benutzt, der Realität zu dienen; mitten in dem

werden nicht aufhören, allen Nüchtern und Tüden unserer Gegner ein geschmäliges und zielbewußtes Handeln entgegenzusehen. Wir verhandeln hier, nicht um uns zu schützen, sondern um die ganze Betriebswelt unserer gesellschaftlichen Verhältnisse nachzuweisen. Es wird hierauf Kloß zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Zu Schriftführern werden gewählt: Hoffmann, Kolb, Braun, Scheidemann, Leib, Brecour, Schmidt, Irmscher, Brey; in die Mandatsprüfungskommission: Trüb, Börard, Braun, Hug, Herrmann, Neib, Kühne, Bruhn.

Es folgt die Feststellung der Tagesordnung. Die Parteigenossen in Breslau, Königsberg und Heidelberg haben beantragt, die Frage der Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen auf die Tagesordnung zu setzen.

Brubn-Breslau begründet kurz den Antrag unter Hinweis auf die allgemeine Verwirrung, die der Hamburger Beschluß gebracht hat.

Es wird beantragt, die Frage der Landtagswahlbeteiligung an eine Kommission von 15 Mitgliedern zur Beratung zu überweisen.

Gottschalk-Königsberg ersucht um Zustimmung zu diesem Antrag. Der Hamburger Beschluß ist lächerlich und vieldeutig, und bei der geringen Zeit, die für eine Beratung im Plenum bleiben kann, ist es ausgeschlossen, daß neben den verschiedenen Punkten, die hierbei in Betracht kommen, die völlige Klarheit geschaffen wird. In der Kommission kann dagegen alles in wünschenswerter Aussführlichkeit behandelt werden. Die Kommission soll da nicht beschließen, sondern nur alle Anschauungen einer objektiven Prüfung unterwerfen. Sie soll ferner einen Referenten stellen, der auf Grund der Erfahrungen, die er in der Kommission gesammelt, auch auf die Ansichten seiner Gegner gehörig Rücksicht nimmt. Treten wir dagegen gleich in die Plenarberatung ein, so liegt die Gefahr nahe, daß wieder durch irgend einen Gewaltbeschluß die Mehrzahl der Parteigenossen verstimmt wird, und vor allem: daß der versöhnende Abschluß ausbleibt, der, wenn wir in die Aktion eintreten wollen, durchaus notwendig ist. (Beifall.)

Stadtluft ist gleichfalls für die Überweisung an eine Kommission, obgleich er den Hamburger Beschluß für einen der klarsten Beschlüsse hält, die noch je getroffen worden sind. (Große Heiterkeit.) Die Unklarheit liegt nur darin, daß viele Genossen in dem nicht das gefunden, was sie wünschten.

Zubell-Berlin: Wir stehen prinzipiell auf dem Standpunkt, daß die Frage des heutigen Parteitag überhaupt nicht beschäftigen sollte; aber wir halten die Einsetzung einer Kommission in der Freunde und Feinde gleichmäßig vertreten sind, für das beste Mittel, um die Sache vorzubereiten. (Beifall.)

Groth-Schwerin schlägt vor, zwei Referenten, einen für und einen gegen die Wahlbeteiligung, zu ernennen.

Schulz-Erfurt spricht sich für Kommissionsberatung aus, doch nur unter der Voraussetzung, daß weder durch den Kommissionsbeschluß, noch durch das Plenum beschlossen werde, daß die Wahlkreise, die schon eine Beteiligung an den Landtagswahlen beschlossen hätten, davon wieder zurücktreten sollen.

Hoffmann-Wielesfeld meint, eine solche Bedingung könne unmöglich gestellt werden, denn der Parteitag sei souverän. (Sehr richtig!) Im übrigen wäre eine rege Beteiligung an den Landtagswahlen die beste Antwort auf die drohende Buchhausvorlage. (Beifall.)

Deutert-Apolo spricht sich gegen Überweisung an eine Kommission aus; man könne vorher nicht wissen, wie die Zusammensetzung dieser Kommission sich gestalten werde, und doch sei dies von größter Bedeutung.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag auf Überweisung an eine Kommission von 15 Mitgliedern wird mit großer Mehrheit angenommen. Die Wahl der Mitglieder wird in der Nachmittagsitzung erfolgen.

Parteigenossen des Niederbarnimer und des zweiten Berliner Kreises beantragen, auf die Tagesordnung zu setzen: „Welche Forderungen sind an die Gesetzgebung aus dem Arbeitsvertrag zu stellen?“

Der Antrag wird mit Rücksicht darauf, daß der in Aussicht genommene Referent, Abgeordneter Stadtluft, verhindert ist, daß dieser zu übernehmen, und mit Rücksicht darauf, daß die Tagesordnung schon so wie so überlastet ist, abgelehnt.

Abgelehnt wird ferner ein Antrag von Parteigenossen des sechsten sächsischen Kreises, auf die Tagesordnung zu setzen: „Unsere Stellung zur Sozialreform und zum kapitalistischen Staat“, sowie ein Antrag des Genossen Haenisch-Ludwigshafen, auf die Tagesordnung zu setzen: „Unsere Stellung zum Militarismus und zur Kolonialpolitik.“

Die Parteigenossen in Elberfeld haben beantragt, den Arbeiterschutz in den deutschen Vergewalten auf die Tagesordnung zu setzen. Ringsweiler-Elberfeld, Sachse-Zwickau, Körzin-Beth, Thiele-Halle, Bünde-Dortmund, Winter-Bethen begründen diesen Antrag unter Hinweis auf die trostlose Lage der Bergarbeiter und die zahlreichen Grubenunglüche. Der Antrag wird hierauf angenommen.

Die Tagesordnung ist danach wie folgt festgestellt:

1. Geschäftsbuch des Vorstandes,
2. Bericht der Kontrolleure,
3. Bericht über die parlamentarische Tätigkeit,
4. Das Kooperationsrecht,
5. Bergarbeitererschutz,
6. Die Maiseler,
7. Die deutsche Zoll- und Handelspolitik,
8. Anträge zum Programm und der Organisation,
9. Sonstige Anträge.

Die Frage der Beteiligung an den Landtagswahlen in Preußen ist einer Kommission überwiesen. Wann sie zur Erörterung kommt, hängt von dem Zeitpunkt ab, an welchem die Kommission mit ihrer Beratung zu Ende kommt.

Singer begrüßt hierauf die anwesenden Vertreter der Sozialdemokratie anderer Länder; es sind eingetroffen aus der Schweiz Genosse Greulich, aus Österreich die Genossen Ellenbogen und Dabrowski, aus Frankreich die Genossen Lagardelle-Paris, Milhaud-Versailles und Jean Longuet, der Enkel unseres Karl Marx, aus Holland die Genossin van Rooy. Er hofft, daß sie aus diesen Verhandlungen die Überzeugung mit nach Hause nehmen werden, daß die deutsche Sozialdemokratie nach wie vor, ihrer Pflicht bewußt, treu und unerschütterlich Schulter an Schulter mit dem Proletariat aller Länder weiter arbeiten und kämpfen wird. (Lebhafte Beifall.)

Redner teilt sodann mit, daß eine Reihe von Begrüßungs-schreiben eingegangen sind, und zwar aus: Oppenheim, Johann-Georgenstadt, Hannover-Linden, Heidelberg, Sonnenberg, Königslütz, Heidenheim, Münsingen, Gaarden bei Kiel, Zürich (vom Landess-ausschuß), Memmingen, und aus London von dem alten treuen Veteranen der Partei, Lehner. (Beifall.)

Hierauf erhält das Wort Dr. Ellenbogen-Wien: Die Parteivertretung der österreichischen Sozialdemokratie hat mir die Ehre erwiesen, mich hierher zu senden, und ich überbringe Ihnen ihre Grüße und Glückwünsche. Wir fühlen uns eines Herzens und eines Sinnes mit Ihnen, wir wissen, daß wir auf dem gleichen Wege denselben Zielen zustreben. Daran ändert auch die Thatsache nichts, daß wir nebenher noch andere Kämpfe auszufechten haben, den Nationalitätenkampf, der unser Volk in seinen tiefsten Tiefen aufregt. Für die Bourgeoisie bedeutet dieser Kampf nichts weiter als eine Unterdrückung, und zwar eine Unterdrückung nicht nur der freien Nationen, sondern auch der freiheitlichen Bestrebungen der Angehörigen der eigenen Nation. Dieser Kampf, der jetzt Österreich durchläuft, bedeutet, so weit die Bourgeoisie ihn führt, im weiteren eine Auflösung der Organisationen, in die die Geschichte das österreichische Volk zusammengefügt hat. Das Proletariat, dem dieser nationale Kampf ebenfalls auszugezwungen worden ist, darf ihn nicht dazu benutzt, der Realität zu dienen; mitten in dem

Toben des Kampfes, mitten in den Verleumdungen und Verabschaffungen, mit denen wir überschüttet werden — und Ihre Gegner sind noch wahre Engel gegen die unsern (Ause: Ha, ha! Heiterkeit) — geht die österreichische Sozialdemokratie geradeaus ihren Weg und sie trennt nicht die, die schon durch die Verchiedenheit der Sprache getrennt sind, sondern sie einigt sie (Bravo!) und führt sie zusammen. Alle österreichischen Sozialdemokraten, welche Sprache sie auch sprechen, halten das Prinzip der Internationalität hoch (Bravo!) und sie glauben, daß sie damit auch den Interessen ihrer eigenen Nation am besten dienen, und so glaube ich heute mit mehr Recht und mit größerem Stolze als je anzurufen zu dürfen: Hoch die internationale, völkerverbrechende Sozialdemokratie! (Lebhafte Beifall.)

Daswurst: Wien: Wenn ich als zweiter österreichischer Redner das Wort erbitte, so geschieht dies nicht, um Obstruktion zu treiben. (Heiterkeit.) Ich will nur dem Gefühl der Dankbarkeit Ausdruck verleihen, daß uns österreichische Genossen der deutschen Brudervater gegenüber bestellt. Es handelt sich ja allenthalben nicht mehr darum, die Volksbewegung hervorzurufen, sondern die mehr und mehr ihrer Lage sich bewußt werdenden Massen in feste Organisationsformen zu schließen. Und gerade an dieser ruhigen, organisatorischen Arbeit werden wir allenthalben verhindert. Bei uns in Österreich ist überall in den letzten zehn Jahren jede Organisation, sowie sie nur eine einigermassen geschlossene Form annahm, sofort mit einem Ausnahmestand bedacht worden. Das ist geschehen in Wien, in Prag und jetzt in Lemberg, in Krakau. Es verrichtet eine unheimliche Spannung in ganz Europa, eine riesenhafte Spannung aller Kräfte. Und wenn diese nicht abblühen in Bomben und unsinnigen Putschern, so ist das gerade das Verdienst der deutschen Sozialdemokratie. Ihr in Eurer schönen Vereinheit selbst in unseren Augen als Gesamtpartei die Mathematiker der Revolution; die Aufgaben, die vor uns stehen, löst Ihr stets als die ersten. Ihr seid die Fackelträger auf dem großen Marsche des Volkes auf dem Wege in eine bessere, glückliche Zukunft. Und so begrüße ich Euch und wünsche Euren Verhandlungen besten Erfolg. (Lebhafte, anhaltender Beifall.)

Der Parteitag tritt sobann in die Beratung von Punkt 2: Geschäftsbereich des Parteivorstandes, ein.

Klara Zetkin wünscht den im Bericht enthaltenen Punkt Taktik als besonderen Punkt behandelt zu sehen, für den auch ein besonderer Referent gestellt werden soll. Es sind in leichter Zeit Einschauungen aufgetaucht, die die Mehrzahl der Parteigenossen in keinem Beisein mit ihren Empfindungen gebracht...

Singer bittet die Genossin Zetkin, nicht wieder in die Diskussion der Tagesordnung selbst einzutreten. Der von ihr gewünschte Punkt könne ja in der Diskussion nachher eingehend genug behandelt werden.

Als Berichterstatter des Vorstands erhält das Wort der Abg. Auer: Der Geschäftsbereich des Vorstands, der den Delegierten wohl bekannt ist, ist ziemlich unsanft geworden, ich will mich daher möglichst kurz fassen; die Diskussion wird ja noch genügend Gelegenheit bieten, auf einzelnes einzugehen. Eine besonders beachtenswerte Kritik des Berichts des Parteivorstandes ist ja bisher nicht bekannt geworden; die Kritiken, die vorgenommen wurden, richteten sich nicht gegen das, was in dem Bericht enthalten war, als vielmehr gegen das, was nach Ansicht einzelner in ihm fehlte. Es ist dabei zu bedenken, daß der Parteivorstand nicht Prinzipien zu entscheiden hat, sondern sich lediglich um die Organisation zu kümmern hat. Und das ist im Bericht im ausreichenden Maße geschehen.

Nur noch einige kleine Bemerkungen: die Frage, die die Partei im letzten Jahre am meisten beschäftigte, war die der Beteiligung an den Landtagswahlen. Aber obgleich Genosse Stadthagen meinte, daß der Hamburger Beschuß sich durch besondere Klarheit ausdrückt, so muß ich doch sagen: der Parteivorstand bot in dieser Hinsicht ein Bild der Gesamtpartei im kleinen; auch im Vorstand hat man über ihn nicht zur Einigkeit kommen können. Wir hoffen, daß, wenn wir auch diesmal noch nicht durch unsere theoretischen Erörterungen zu einer Eininstimmigkeit des Urteils gelangen werden, doch die Praxis eine solche Eininstimmigkeit bringen wird. Wir im Parteivorstand haben die Frage niemals so ausgefaßt, als ob man aus der Stellungnahme zu dieser Frage auf die besondere Einstimmigkeitlichkeit des einzelnen Schleichen dürfe (Sehr gut!), und wir haben die Erfahrung gemacht, daß Genossen, an deren Einstimmigkeitlichkeit und an deren taktilen Geschick gar nicht zu zweifeln ist, in dieser Frage schroff auseinandergegangen. Ich meine also: es handelt sich lediglich um eine Frage der Taktik, die wie alle taktilen Fragen in der Praxis Ihre beste Lösung finden wird. (Beifall.) Wir haben im Parteivorstand nur einen einzigen Mal Veranlassung gehabt, uns praktisch mit der Frage zu befassen, als nämlich von einem Kreise, der die Beteiligung an der Wahl beschlossen, der Antrag auf Gelbunterführung gestellt wurde. Wir waren im Vorstand einstimmig der Meinung, daß wir in diesem Falle die Unterstützung gewähren müßten, und wir glauben damit den Hamburger Beschuß korrekt ausgelegt und ausgeführt zu haben.

Daneben war es die Reichstagswahl, die die Kräfte und die Ausnerksamkeit des Parteivorstandes in besonderem Maße in Anspruch nahmen. Ich gebe von vornherein zu: es sind nicht entfernt alle Wünsche befriedigt worden, namentlich wenn es sich darum handelte, Redner ersten Ranges, einen Bebel, Liebknecht, Vollmar (Ause: Auer) ja, der ist auch verlangt worden (Heiterkeit), zur Verstärkung zu stellen. Aber Sie wollen nicht vergessen, daß wir nur einen Bebel, nur einen Liebknecht haben und ich möchte doch bitten, in dieser Beziehung in Zukunft etwas gnädiger zu sein. (Heiterkeit) Wenn alle die Wünsche und Erwartungen und Hoffnungen sich erfüllt hätten, die vor den Wahlen ausgesprochen wurden, dann müßten wir von den 397 Abgeordneten mindestens 396 bestehen. (Heiterkeit) Wenn freilich auf der anderen Seite Klagen und Beschwerden oder wenigstens unbefriedigte Verzerrungen über den Ausgang der Reichstagswahl laut geworden sind, so glaube ich doch, daß dazu nicht der mindeste Anlaß vorliegt, im Gegenteil, ich habe die Empfindung, daß wir bei der Reichstagswahl geradezu großartig abgeschlossen haben. (Beifall.) Ich

meine, die 300 000 Stimmen, die wir diesmal mehr erhalten haben, und die 55 Mandate, die wir errungen, sind wohl dazu angekommen, uns mit Stolz und Beifriedigung zu erfüllen. Als besonders erfreuliche Erscheinung können wir die Thatsache konstatieren, daß wir in ländlichen Distrikten Erfolge erzielt haben, die wir früher kaum für möglich hielten. Und unter welch schwierigen Verhältnissen sind diese Erfolge erzielt worden? Mit Hunderten vom Hofe gehetzt, vom Bützel verfolgt, ins Gefängnis gestellt wurden unsere Kämpfer — aber kaum waren sie aus dem Gefängnis heraus, so nahmen sie ihre Thätigkeit wieder auf. Ich meine: das beweist auch, wie unbedingt die hier und da laut gewordene Klage ist, es sei diesmal nicht mit der alten Kampfsfreude und Siegeszuversicht gekämpft worden. Um solche Erfolge zu erzielen, war ein hohes Maß von Begeisterung und Opfermut und Siegeszuversicht nötig.

Aber auch Geldmittel waren nötig, um solche gewaltige Leistungen zu vollbringen. Unser Finanzminister wird uns nachher über diesen Punkt Bericht erstatten, ich möchte vorläufig nun den Gedanken belonen, daß diese gewaltigen finanziellen Leistungen auf die Dauer nicht aus den direkten Beiträgen der Genossen gedeckt werden können. Es ist der Gedanke aufgetaucht, daß das gesammelte Agitationsmaterial so billig als möglich, event. ohne Gewinne hergestellt. Bei aller Anerkennung der Tendenz, der diesem Gedanken zu Grunde liegt, muß ich doch sagen, daß das seine natürlichen Grenzen hat und haben muss. In Berlin hat ein Genosse die Forderung aufgestellt, daß Agitationsmaterial möge zum Kostenpreis oder darunter abgegeben werden. Und als er darauf aufmerksam gemacht wurde, daß das doch erheblichen Schwierigkeiten begegnen würde, meinte er: Ach, im Parteivorstand seien ja so kluge Leute, die mögen selbst zu ziehen, woher sie das nötige Geld nehmen. (Heiterkeit.) Der Parteivorstand ist sehrslug, das gebe ich zu (Große Heiterkeit), aber so weit reichen seine Kenntnisse denn doch nicht. Nur ein paar Zahlen: Sie wissen, daß die neuerliche Presse uns beständig in den Verdacht bringt, daß wir Einnahmenquellen haben, die nicht aus proletarischen Beiträgen stammen, von der goldenen Internationale oder sonst woher. Das ist natürlich erfunden. Trotzdem bleibt es wahr, daß wir Einnahmen haben, die nicht von den Beiträgen der Genossen kommen. Und gerade diese Einnahmen wachsen von Jahr zu Jahr. Im Jahre 1896/97 wurde quittiert:

| | |
|------------------|----------|
| Mann im Mond | 10200 M. |
| Nord. Wasserlate | 65 170 |
| Vorwärts | 23209 |
| Vollbüchhandlung | 10000 |
| Z. V. S. | 6200 |

Insgesamt: 120 085 M.

Im Jahre 1897/98:

| | |
|------------------|----------|
| Mann im Mond | 11500 M. |
| Nord. Wasserlate | 60000 |
| Vorwärts | 53 000 |
| Vollbüchhandlung | 19000 |
| Z. V. S. | 8012 |

Insgesamt: 151 860 M.

Und das bedeutet: mehr als die Hälfte der Partei-Einnahmen sind aus den Geschäften, aus jenen Quellen erzielt, die wir nach Ansicht des Berliner Genossen verstößen sollen. Wir sollten also das Huhn schlachten, das uns die goldenen Eier legt.

Ich will aufhören und Ihnen nur noch ein Wort zuzusagen: daß Sie die Thätigkeit des Vorstandes kritisieren, dazu sind Sie von Ihren Wählern delegiert. Nur seien Sie gerecht und bedenken Sie, daß der Parteivorstand, und wenn es auch noch so famose Kerle sind, doch nur aus Menschen besteht. (Lebhafte Beifall.)

Werklich steht hierauf der Kassenbericht. Die Übersicht über die Partiegeschäfte wird dadurch erschwert, daß verschiedene Blätter überhaupt, selbst auf gräßliche Anfragen, in keiner Weise antworten, zum Beispiel die Niederrheinische Volksstimme.

Unsere täglich erscheinenden Blätter haben einen Abonnementenstock von 290 000, gegen das Vorjahr ein Mehr von 34 000. Die Einnahmen betragen 205 800 M., d. h. ein Mehr von 82 800 M.; die dreimal wöchentlich erscheinenden Blätter haben jetzt 59 000 Abonnenten; nur eines dieser Blätter hat 49 Abonnenten verloren, alle anderen haben gewonnen; ähnlich sieht es um die zweit- und drittgrößten in der Woche erscheinenden Blätter. Insgesamt hat unsere Presse 378 808 Abonnenten, gegen das Vorjahr 46 000 Abonnenten mehr. Die Einnahmen betrugen 277 968 M., davon 216 255 M. an Abonnementsgeldern, 111 6718 M. von Inseraten.

Hedwig steht sodann auf die Kosten der Wahlen ein, auf das, was die einzelnen Kreise aufgebracht und was sie an Zuschriften erhalten haben. Er behauptet sodann die Kosten, die aus Strafen erwachsen sind und geht besonders eingehend auf den Essener Fall ein.

Weißer-Hannover steht sodann den Bericht der Kontrolleure. Es ist alles in musterhafter Ordnung geführt worden. Wo einzelnes vorlag, wie die Beschwerde der Bochumer Genossen gegen Lützenau, so ist auch die Wandel geschafft worden. Unfehlbar war der Solinger Fall. Da haben die Kontrolleure dem Vorstand durchaus recht gegeben müssen. Ferner haben wir uns mit einem zweiten Solingen beschäftigen müssen, mit Braunschweig. Die Kontrolleure waren bei nicht in der Lage, den Wünschen der Beschwerdeführer Rechnung zu tragen. Ich bitte den Parteitag, diese Frage, wenn Sie sie behandeln, so einschließlich zu behandeln, daß sie ein für allemal erledigt ist. Redner erwähnt ferner die Fälle Moos, Hölle und Scholz-Dresden und beantragt sodann im allgemeinen namens der Kontrolleure Debsorge für den Vorstand.

In der Diskussion über den Geschäftsbereich des Vorstandes und den Bericht der Kontrolleure bitte ich.

Wölger-Halle a. S. um Rehabilitierung des Vertrauensmannes Thiele im Wahlkreis Wittenberg-Schweinitz, der mit den dortigen Genossen auf ein Telegramm von Auer hin den Ausschlag zu Gunsten des freisinnigen Kandidaten gegen den konservativen gewesen ist und deshalb von Mohrhardt heftig befehdet worden sei.

Schedemann-Gießen wendet sich gegen einen vor kurzem in

den Sozialistischen Monatsheften erschienenen Artikel über die schlechten Reichstagswahlen von Schroer.

Heymann-Göttingen wendet sich dagegen, daß man von der Stadt aus die Agitation auf dem Lande schematisch beurteilt will. **Brühl-Breslau** bringt eine Beschwerde der Breslauer Genossen wegen mangelhafter Unterstützung seitens des Vorstandes bei den Stichwahlen.

Abg. Stadthagen: Wenn man das Wahlergebnis objektiv betrachtet will, so muß man das Verhältnis unserer Stimmen zu den Wahlberechtigten betrachten. Und da muß selten kontrolliert werden, daß unsere Summe keineswegs glänzend ist. Das Prozentualverhältnis betrug:

| | | | | | | |
|------|---|---|---|---|---|--------------|
| 1887 | • | • | • | • | • | 7,80 Prozent |
| 1890 | • | • | • | • | • | 18,91 " |
| 1893 | • | • | • | • | • | 18,81 " |
| 1898 | • | • | • | • | • | 18,40 " |

d. h. wir haben in den letzten Jahren nur um etwa 1%, Prozent zugenommen. Worin liegen die Ursachen dieses traurigen Ergebnisses? Man muß sie nicht in der Wahlagitation allein suchen; man muß vielmehr die Agitation in der ganzen Welt betrachten, und diese war nicht gezielt, Sozialdemokraten zu erziehen. Man sagt jetzt: das Endziel, das wollen wir nicht verstecken, aber nur nicht alle Tage davon sprechen, auch nicht jede Woche, auch nicht jeden Monat. Da kann man aber nicht wünschen. Und andererseits betrachte man den kolossalnen Anwachs in Dresden infolge der prinzipiellen Agitation der Sächsischen Arbeiterzeitung. Im allgemeinen aber steht jetzt ein pessimistischer Zug durch unsere Bewegung, der farblos und traurig macht. Er kommt uns von gewissen sog. wissenschaftlichen Arbeiten, die meiner Ansicht nach allerdings der nötigen Tiefe entbehren. Wir werden ja später noch ausführlicher über die Taktik sprechen. Ich glaube, es ist Zeit, daß der jetzt modernen Macht, der nur eine scheinbare Erkenntnis zu Grunde liegt, endlich entgegentreten wird. Sie hat uns schon genug geschädigt, und sie wird ja auch nur getragen von gewissen Gelehrten, die meiner Ansicht nach besser daran thäten, noch zu lernen. (Lebhafte Beifall. Genossin Zetkin: Bravo!) **Wer-Grefeld** hält den Ausschluß der Partei am Niederrhein trotz der starken Centrumsgemeinschaft für nicht unerheblich. Dem Centrum werde langsam aber sicher der Boden abgegraben und auch für die Rheinländer werde die Zeit kommen, da sie sich ebenbürtig den anderen Landesteilen würden zur Seite setzen können.

Ginger macht darauf aufmerksam, daß die Vorlesungsliste für die Fünfzehnerkommission nunmehr geschlossen sei. Die Liste werde heute nachmittag gedruckt und verteilt werden, so daß morgen früh die Abstimmung und die Ermittlung des Resultats vorgenommen werden können. Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Die Verhandlungen des Nachmittags beherrschten die taktilen Fragen. **Ulrich** (Offenbach), **Reus** (Dessau), **Heine** (Berlin), **Bebel**, **Stadthagen**, **Grenz** und **Schoenlau** ergripen das Wort. **Ausführlicher Bericht** folgt morgen.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Auerbach i. B., 3. Oktober. Von der Lehrerversammlung, die letzte Woche hier stattfand, wird berichtet, daß die lakonische Antwort des Vereins sächsischer Schuldirektoren, daß er das Antragen auf Verschmelzung des Direktorenvereins mit dem Allgemeinen sächsischen Lehrervereine als ein berechtigtes nicht anerkennen könne und zur Tagesordnung übergehe, einen Sturm der Entrüstung hervorrief. Als daraufhin Schuldirektor Ohnsorge aus Sebnitz versuchte, den Standpunkt der Direktoren zu rechtfertigen, wurde ihm die Fortsetzung seinerrede unmöglich gemacht.

Alleine Nachrichten aus dem Lande. Bei den im vergangenen Jahre im Königreich Sachsen geschlachteten 901 653 Schweinen wurde in 94 Fällen das Vorkommen von Trichinose festgestellt. Es sind das 12 Fälle weniger gegen das Vorjahr. Auf 10549 geschlachtete kam im Jahre 1897 ein Fall von Trichinose. Die meisten Fälle von Trichinose, nämlich 19, hatte der Dresdener Schlachthof zu verzeichnen. In Chemnitz kam dieselbe vierzehnmal vor, in der Amtshauptmannschaft Zwickau elfmal, in der Stadt Zwickau siebenmal. Auf dem Leipziger Schlachthof wurden nur drei Schweine trichinös befunden, in der Amtshauptmannschaft war kein Fall vorgekommen. Erwähnt sei, daß in Chemnitz alle geschlachteten Hunde auf Trichinose untersucht wurden. Bei 280 geschlachteten Hunden wurden in vier Fällen Trichinose festgestellt. — Das große oberpfälzische Rittergut Gubabrunn ist mit allen Eigentümern dieser Tage durch Kauf in den Besitz des sächsischen Staates übergegangen. Diese Erwerbung bedeutet insbesondere eine beträchtliche Vermehrung unserer Staatswaldungen. — Wegen Häufung der großen Brände in neuerer Zeit in Mylau hat der Stadtmelder beobachtet, neben der in der Verordnung vom 26. Oktober 1888 ausgeschriebene Belohnung für die Entdeckung vor Brandstiftern noch eine weitere Belohnung aus städtischen Mitteln einzusichern, in der Weise, daß die Gesamtbelohnung die Höhe von 1000 Mark erreicht. — Bei Neukirchen ist bekanntlich ein Stein noch innerhalb der letzten Häuser der Stadt in einem Eisenbahngewölbe gefunden worden. Bei den angestellten polizeilichen Ermittlungen ist es den betreffenden Polizeibeamten nahe gelegt worden, daß sie in diesem Falle sofort die Polizei holen ziehen sollen, wodurch die Feststellung des Thäters ungleich leichter geworden wäre. Kürzlich hat sich bei Chemnitz ein ähnlicher Fall augetragen. Dort stand der Zug auf das Gleis der Polizei augenblicklich still und der abgesetzte Attentäter konnte seiner verdienten Strafe zugesetzt werden. — Die Eröffnung der Bahnhlinie Veuchau-Brandis-Seelingstädt soll im Dezember d. J. erfolgen. Verlehrstellen der neuen Linie sind Haltestelle Veuchau bei Brandis, Wechselstelle Bruch, Haltestelle Brandis, Ladestelle Ammelsbach.

Die beiden Schülern gegeben, der das Ballett Electra folgt. Im Alten Theater geht als dritte volkstümliche Vorstellung zu halben Preisen Grillparzers Trauerspiel Des Meeres und der Liebe Wellen in Scène.

Am Donnerstag wird im Neuen Theater Rudolf von Gottschalls Nahab, im Alten Theater die Operette Die schöne Helene wiederholt.

Für den Freitag ist im Neuen Theater im Kyklus des 3. Teils des Ritterbüchlers Siegfried angelegt. Die Vorstellung beginnt 6 Uhr. Im Alten Theater wird Gerhart Hauptmanns Die Lebendomide Der Überpelz wiederholt.

Der Sonnabend bringt im Neuen Theater als Novität den Schwank Die goldene Eva von G. v. Schönthan und H. Koppelsch

Ladestelle Altenhain und Ladestelle Seelingstädt. — Sonntag abend brannte das zu der am Radeiner Bahnhofe gelegenen Dampfmaschinenfabrik gehörige Wirtschaftsgebäude nieder.

Gera, 3. Oktober. Die Neurätsche Tribüne berichtet: Gegen den Gewissen Leven als Vorsitzenden des Sozialdemokratischen Vereins für Gera und den Reichstagsabgeordneten Genossen Rosenow ist das Verfahren wegen Übertretung des § 11 des neufranzösischen Vereinsgesetzes eingestellt worden. Rosenow sollte am 12. August im Sozialdemokratischen Verein einen Vortrag gehalten haben, ohne Mitglied zu sein. In Wirklichkeit ist Rosenow vor Eröffnung der Versammlung als Mitglied aufgenommen worden. Es ist doch etwas Schönes um unsere Vereinsgesetze!

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 4. Oktober

Bon der Mittelstandsretterei. Herzlich schlecht ist die Krenzelitung unterrichtet gewesen, als sie in vergangener Woche meinte, daß sich die Gründung eines Bundes für Handel und Gewerbe nach Art des Bundes der Landwirte unter günstigen Verhältnissen in Leipzig vollziehen werde.

Die gestrigen Verhandlungen im kaufmännischen Vereinshaus haben diese Vorausfrage auch nicht im geringsten gerechtfertigt. Es herrschte eine Verwirrung der Begriffe, schlimmer als die der Sprache beim Turmbau zu Babel. Einig waren die Vertreter der kaufmännischen Vereine ic., wie auch in der Debatte, die an den polnischen Reichstag erinnerte, gesagt wurde, nur darin, daß dem "Mittelstand" geholfen werden müsse, bloß weiß man nur nicht wie?

Ebensoviel weiß man freilich auch, wo der Mittelstand anfängt und wo er anhält. Die eifrigsten Niedner waren Kommerzienräte, Senatoren, Stadträte, Handelskammervertreter, Rechtsanwälte, Großfabrikanten, Handelsherren ic., die samt und sonders den "Mittelstand" retten wollen.

Recht vielversprechend für den Erfolg dieses Beginnens war die Neuerung des Kommerzienrats Lissauer, daß die beabsichtigte Gründung des neuen Bundes nur denen Recht geben werde, die den Mittelstandsvertretern die denkbare größte Unfairheit vorgeworfen. Die Gründung des Bundes neben dem bestehenden Centralverein deutscher Kaufleute bedeute das Auseinanderziehen an zwei Strängen.

An einer Einigung der verschiedenen Interessenvertreter war natürlich nicht zu denken. Der Leipziger Stahlrohfabrikant Ziegler blieb hartnäckig bei seinem Auftrag auf sofortige Gründung des Bundes, der aber mit 24 gegen 18 Stimmen abgelehnt wurde. Auch als eine Resolution des Rechtsanwalts Dr. Lehmann, die die Gründung des Bundes nur im Prinzip als notwendig anerkannte, gegen wenige Stimmen angenommen wurde, schüttelte der Senator Schulze-Gishorn, der Präsident des kaufmännischen Centralvereins, unwillig sein Silberhaupt.

Recht bezeichnend war auch der Ausspruch, mit dem sich und andere der Vorsitzende am Schlusse der gestrigen Verhandlungen zu trösten suchte, daß das, was in den Verhandlungen nicht gelungen sei, hoffentlich bei Tafel und Wein gelingen werde, nämlich Verständigung und Übereinstimmung herzustellen.

Heute haben die Krämer das Wort. Sie werden die Kaufmannsvereine ic. verspeisen und die Großhandelsherren und Großfabrikanten werden sie dabei nicht stören.

Ein Wink mit dem Zaunpfahl. Im Gemeindeskollegium der Stadt Würzburg hielt es dieser Tage der Vorsitzende der Amtshauptmannschaft Dresden-Reichenbach, der seine Abreise zum Sonntagabend verabschiedet wurde, den Herren Stadtvorsteher folgende ernste Mahnung zugetragen: "Die Gemeindebevollmächtigten sollten die Frage weniger vom Standpunkt des Haussbesitzers als vielmehr vom Standpunkt des Gemeindevertreters aus betrachten." Die Zweckmäßigkeit einer solchen Mahnung dürfte auch noch anderwärts anerkannt werden.

Handelsmarken in China. Zwischen den Regierungen Deutschlands, Frankreichs, Belgien und der Niederlande ist ein Übereinkommen getroffen worden zum gegenseitigen Schutz der Handelsmarken, sowie der Handelsinteressen ihrer Staatsangehörigen in China. Infolgedessen sollen die Vertreter genannter Staaten in Peking ihre Konsuln annehmen, sich von nun an über die von ihren Schutzbefohlenen in Sachen des Handelsmarkenschutzes und in Handelsangelegenheiten überhaupt etwa begangene Verstöße zu informieren. In allen diesen Streitigkeiten entscheidet das Konsulargericht und das Landesgesetz der französischen Partei.

Strenge Vorschriften gegen die Radfahrer in Bezug auf die Strafverfolgungen und Kommunikationswege sollte nach Zeitungsmeldungen die Amtshauptmannschaft Dresden-Reichenbach beim Ministerium des Innern angeregt haben. Dies ist ein Irrtum. Die Amtshauptmannschaft Dresden-Reichenbach hat sich vielmehr im Verein mit dem Bezirksausschuß dahin ausgesprochen, daß die bestehenden Vorschriften vollständig genügten, daß jedoch die vielfach vorgelömmten Überbeschreibungen eine strengere Polizeiaufsicht auf den öffentlichen Wegen nötig erscheinen lichen. In den drei Monaten von Juli bis September haben an 388 Personen Strafverfügungen wegen Verletzungen der Verordnung über den Verkehr mit Fahrrädern erlassen werden müssen. Desgleichen hat sich die Amtshauptmannschaft Dresden-Reichenbach gegen einen Nummernzwang ausgesprochen, weil damit nicht nur eine grobe Belästigung des Publikums, sondern auch der Behörden verbunden sei. Auf den gleichen Standpunkt hat sich beläufig das Polizeiamt in Leipzig gestellt. Dagegen sprach sich der Bezirksausschuß der königl. Amtshauptmannschaft Dresden-Alstadt für die Anbringung eines äußeren Merkmals an den Fahrrädern, möglichst in Gestalt von Nummerschildern, aus, erlaute aber gleichfalls die bestehenden Strafverfügungen für genügend an und erklärte sich gegen weitere Vorschriften über das zulässige Maß des Schnellfahrens.

Arbeiterförderung auf der Eisenbahn. Der hier auf dem Dresdener Bahnhof früh 5 Uhr 19 Minuten von Liebertwolkwitz eintreffende Arbeiterzug fährt in diesem Jahre am 29. Oktober zum letztenmal, und wird erst vom 18. März 1899 ab wieder als Arbeiterzug von Liebertwolkwitz nach Leipzig verkehren.

Für unbemittelte Lotterier beginnen die diesjährigen Freikurse der C. Denhardtischen Sprachheilsanstalt in Dresden-Loschwitz am 7. Oktober d. J. Annahmen können noch bis zum 17. Oktober erfolgen. Anmeldungen nimmt die Anstalt entgegen.

Erweiterung des Fernsprechverkehrs. Zwischen Leipzig und den Städten Nordhausen und Sondershausen ist am 1. Oktober der Fernsprechverkehr eröffnet worden. Die Gebühren für das gewöhnliche Gespräch bis zur Dauer von drei Minuten betragen eine Mark.

Wegen Pfasterungsarbeiten wird die Eutritzscher Straße auf der Strecke von der Eutritzscher bis zur Gohliser Straße vom 5. b. bis ab während der Dauer der Arbeiten für alle durchgehenden Fahrverkehr gesperrt.

Zum Emissionswesen. Das Justizministerium hat die ihm vorgelegte Frage, ob und inwieweit der Gerichtsvollzieher berechtigt sei, die Sachen der im Zwangsvollstreckungsverfahren aus ihrer Wohnung herausgesetzten Personen auf öffentlicher Straße niederzulegen bzw. wer zur Beseitigung dieser Sachen sowie zur Tragung der hierdurch entstehenden Kosten verpflichtet sei, wenn der herausgesetzte Schuldner sie nicht selbst wegschafft, unter Berufung auf § 771 der Civilprozeßordnung dahin entschieden, daß es eine Verpflichtung des Gerichtsvollziehers im letzteren Sinne nicht anerkennen könnte. Es hat aber die Gerichtsvollzieher anweisen lassen, daß sie bei der Niederlegung herausgesetzter Sachen auf öffentlichen Straßen und Plätzen jedenfalls auf thunlichste Vermeidung jeder Verfehlung Bedacht zu nehmen, die Sachen also nicht mittan auf die Fahrbahn oder den Fußweg, sondern an den Rand des selben hinzustellen und in dieser Beziehung den Weisungen der zuständigen Polizeibeamten nachzufolgen haben.

Zum Selbstmord des Bierverlegers C. F. Bertram teilt uns die Export-Bierbrauerei Leonhard Eberlein mit, daß sie durch das Guthaben des Bertram in jeder Höhe gesichert ist.

Vermißt wird seit 27. September d. J. der 13 Jahre alte Knabe Karl Paul Bensler aus seiner Wohnung am der Schleiterstraße. Er ist mittlerer Größe, untersetzt, hat dunkles Haar, braune Augen und links der Oberlippe eine Narbe. Er hat sich entfernt ohne Kopfbedeckung und Fußbekleidung und trägt grauen Jackenanzug.

Arbeiterrisiko. Mit der rechten Hand in die Farbmashine geriet gestern nachmittag in einer größeren Druckerei ein Schleifer. Er erlitt hierbei eine bedeutende Handverlezung, so daß er sogleich dem Krankenhaus zugeführt werden mußte.

Ein Raubansfall soll am Sonnabend verübt worden sein. In der 10. Stunde zeigte ein an der Wilhelmstraße in Wolfsmarsdorf wohnhafter Marktbesitzer bei der Polizei an, seine Frau sei nachmittags gegen 6 Uhr von einem unbekannten Mann mit rotem Bart und Gummischuh überfallen und ihr 15 M. geschaubt worden. Ob etwas Wahres daran ist, sollen die angesetzten Erörterungen erst noch ergeben.

Ein größerer Einbruchsdiebstahl ist in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag in einer Wohnung an der Waldstraße ausgeführt worden. Der Einbrecher hat von einem nach der Treppenflur führenden Abortfenster die Eisenstäbe entfernt und sich dadurch Eingang verschafft. Gestohlen hat er einen Geldbeutel von 2176 M., eine goldene Herrnruhe mit dem Monogramm A. Ls. und goldener Kette, zwei goldene Damenuhren, eine goldene Panzerkette, ein Paar goldene Manschettenknöpfe im Gesamtwerte von 1000 M.

Wegen Diebstahls und Gehlerei wurden von der Kriminalpolizei eine 39 Jahre alte Arbeiterin und ein 31jähriger Schriftsteller in Haft genommen. Die Frauensperson war in einem hiesigen größeren Drogengeschäft als Aufwärterin beschäftigt und stahl bei dieser Gelegenheit in roffsinsterer Weise nach und nach ca. 800 M. aus dem Comptoir und vom Lager für mehrere Hundert Mark Waren. Hierzu steckte sie dem Schriftsteller einen Teil zu, der deshalb wegen Gehlerei in Haft genommen wurde.

Möllan. In der Robert Kießes Nähmaschinenfabrik entstand in der Sonntagnacht auf noch nicht aufgeklärte Weise ein gräßliches Schablonenfeuer. Eine weitere Ausdehnung des Brandes konnte verhindert werden, doch ist der entstandene Schaden nicht unbedeutend.

Borsdorf. Der von hier früh 5 Uhr 8 Minuten nach Leipzig (Ankunft 5 Uhr 25 Minuten) verkehrende Arbeiterzug fährt nur noch bis mit dem 20. Oktober. Vom 18. März nächsten Jahres ab wird dann der betreffende Arbeiterzug wieder eingestellt werden, so daß die in Leipzig schaffenden Arbeiter auch im nächsten Jahr wieder billige Fahrgelegenheit haben.

Gemeinde-Zeitung.

Die nächste öffentliche Sitzung der Stadtverordneten findet Mittwoch den 5. Oktober 1898 abends 6½ Uhr im Sitzungssaale am Naschmarkt statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. die abermalige Beratung der Ratsvorlage, betr. Errichtung einer Lehrerbildungsanstalt in Leipzig und die hiermit in Verbindung stehende Eingabe der Herren Kaufmann Oheim und Gen.

Stötteritz. Eine öffentliche Gemeinderatssitzung findet heute Dienstag den 4. Oktober statt. Auf der Tagesordnung stehen: Die Revision der Gemeindeverwaltung. Verschiedenes.

134. Sächsische Landeslotterie.

4. Klasse.

Ziehung vom 4. Oktober.

Alle Nummern, neben denen kein Gewinn steht, sind mit 265 Mark gezogen.

(Ohne Gewähr.) (Maschinen verboten.)

40000 auf Nr. 54862 bei Herrn Gustav Bandau, in Elstra: S. Jarmulowsky u. Co. in Böbed.

20000 auf Nr. 8994 bei Herrn Hugo Mlynek in Döbeln.

5000 auf Nr. 16206 bei Herrn C. Louis Täuber in Leipzig.

5000 auf Nr. 30678 bei Herrn Louis Lösch in Leipzig.

5000 auf Nr. 87218 bei Herrn Fr. Otto Bertram in Chemnitz.

5000 auf Nr. 87921 bei Herrn Emil Sauer in Dresden.

5000 auf Nr. 96823 bei Herrn Georg Blauth, Fa.: Karl Pflug, Leipzig.

496 681 (1000) 979 302 151 (1000) 100 748 803 907 228

871 177 458 176 588 826 586 1257 144 54 611 272 898 (800)

919 792 28 741 316 (800) 579 282 497 980 235 424 280

2682 746 177 (1000) 845 737 462 716 221 285 (1000) 290 196

49 583 297 (800) 710 90 (800) 245 650 3260 895 675 209

488 869 424 588 729 766 986 419 127 202 (800) 850 456 4470

984 212 864 611 990 786 461 472 821 889 188 684

5510 767 155 385 298 85 405 (800) 888 578 758 850 608

181 (1000) 591 (800) 661 858 311 527 622 870 487 47 776

875 (500) 861 767 302 7835 574 665 710 568 878 550 604 401

719 890 352 698 980 586 40 8068 777 904 (20 000) 387 628

342 (8000) 842 76 719 401 840 891 885 597 9521 506 491 770

889 533 477 10584 556 196 800 544 620 815 17 179 358 982 948 103

594 239 403 680 11960 239 776 795 427 (800) 999 278 421

596 348 (1000) 800 264 888 588 (800) 12373 431 495 504 209

840 542 805 851 108 464 298 (500) 278 18778 378 925 01 687

142 69 (800) 438 274 623 844 840 910 589 14181 308 427 114

648 577 29 84 544 89 729 124 (800) 578 490 (800) 468

15869 89 (500) 426 64 812 586 892 907 579 729 934 754

298 600 16322 (1000) 877 592 570 186 917 (800) 296 (5000)

842 740 (800) 918 247 787 17214 775 414 679 272 739 6 572

177 832 566 200 149 251 965 760 5 18270 720 123 92 72 710

630 251 648 401 102 574 675 806 604 457 19075 3 605 888

39 867 (8000) 985 (8000) 842 788 57 876 306 604 208 793 967

683 313 32 20954 448 213 685 289 730 841 758 802 719 776 926 271

581 21053 826 531 336 541 (1000) 734 702 (800) 508 45 652

112 22409 460 842 921 814 877 600 718 (800) 566 866 439

631 956 388 47 765 15 (800) 757 23951 (500) 153 3 812 595

684 907 909 (800) 453 30 442 208 (1000) 24262 512 566 417

280 587 411 (500) 70 (800) 639 881 38 251 786 964 910

<p

2. Beilage zu Nr. 230 der Leipziger Volkszeitung, Dienstag, den 4. Oktober 1898.

Konferenz der Delegierten kaufmännischer und gewerblicher Vereine Deutschlands.

Als Korreferent über das Gesetz, den unlauteren Wettbewerb betr., sprach Herr Rechtsanwalt Dr. Leo-Leipzig. Er wies darauf hin, daß das Gesetz in der Hauptsache die Gewerbetreibenden und nicht die Konsumenten schütze. Es lasse aber gegenüber der Strafverfolgung das Gesetz den Gütekraut auf Schadeneratz öffnen. Er erläuterte den Gesetzesstext und warnte vor Annahme der von Werbeck gestellten Änderungsvorschläge zu dem Gesetz und bemerkte, daß, wenn die Vorschläge angenommen würden, leicht das ganze Gesetz über den Haufen geworfen würde. Er vertrat die bereits erwähnte Resolution.

In der Debatte schlug Kommerzienrat Lissauer-Berlin vor, die Vorschläge Werbecks abzulehnen, dagegen eine Kommission einzurichten, die Material sammeln und einer gründlichen Umarbeitung des Gesetzes vorarbeiten soll.

Von anderen Rednern wurde über die Unzulänglichkeit des Gesetzes und das langsame Strafverfahren geklagt und vorgeschlagen, die Durchführung des Gesetzes in die Hände der Polizei zu legen. Von anderer Seite wurde vorgeschlagen, das abgekürzte Gerichtsverfahren auch für Prozeße auf Grund des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes anzuwenden, das jetzt für die Wechselprozesse üblich ist. Soñt wurde über Plausibilität des Gesetzes und Mangel jeden Schadensspruches seitens der Beteiligten geklagt; es mißteten summarische Bestimmungen wie im französischen Gesetz erlassen werden. Rechtsanwalt Lehmann-Dresden bemängelte auch, daß die Verleger der Zeitungen, die Inserate aufnehmen, nur straflich verantwortlich sind, wenn sie Kenntnis davon hatten, daß die Angaben falsch waren. Er möchte, daß sie im allgemeinen strafrechtlich verantwortlich gemacht würden, denn sie müßten es wissen, daß derartige Angaben falsch seien. Er will also den Dolus eventueller für die Verleger einfließen.

Rechtsanwalt Dr. Leo machte darauf aufmerksam, daß viele gräßlichere Müncheihaftigkeiten im Gesetz schon berücksichtigt seien, auch eine schärfere und schnellere Verfolgung der Delikte möglich sei. § 8 des Gesetzes lasse auch die einstweilige richterliche Verfolgung zu, was aßerordentlich wenig bekannt zu sein scheine. Das Gesetz sei viel zu jung und zu wenig genau gekannt, um schon Aenderungen vorzuschlagen.

Es wurde nach zweistündiger Debatte der erste Teil der bereits erwähnten Resolution mit dem Zusage des Kommerzienrats Lissauer angenommen. Dadurch erledigte sich der Vorschlag Werbecks-Hamburg.

Auf Antrag Schulze-Gishorn wird nunmehr in die Beratung über Gründung eines deutschen Bundes für Handel und Gewerbe eingetreten. (Das Dokument über die Konsumvereine wird auf Dienstag verschoben.)

Das einleitende Referat giebt Herr Birgigebel-Leipzig. Danach soll der Bund die kaufmännischen und gewerblichen Vereinigungen, die das Unwesen im Handel und Gewerbe bekämpfen und für die Hebung des Handels und Gewerbes eintreten, unter Wahrung ihrer Selbständigkeit zu einer Gemeinschaft zusammenfassen, um die gemeinsamen rechtlichen Interessen der Handels- und Gewerbetreibenden zu vertreten. Unter anderem soll er Stellung nehmen zu allen Fragen, die die Gefahren für Handel und Gewerbe durch das Großkapital, insbesondere durch die Warenhäuser, Konsumvereine und verwandte Organisationen betreffen.

Herr Schirmer-Hannover wünscht einen Verband, ähnlich dem Bund der Landwirte, der auf die Gesetzgebung entsprechenden Einfluß nehmen soll. Herr Senator Schulze-Gishorn präsidierte die Vorzüge des Centralverbandes deutscher Kaufleute, der nach zehnjährigem Bestehen 800 Vereine mit 18000 Mitgliedern unter einen Hut zu bringen verstanden habe und empfahl dem Bunde, sich anzuschließen. Der Aenderung der Firma des Vereins stehe nichts im Wege. In der weiteren Debatte wurde für und wider die Gründung des Bundes gesprochen.

Redakteur Mannes-Berlin hält die Gründung eines Bundes für verfrüht und schlug vor, einen Handwerker- und Gewerbetreibendetag für Deutschland einzuberufen und dort die Beratung und Gründung des Bundes vorzunehmen.

Schließlich wurde die sofortige Gründung eines deutschen Bundes für Handel und Gewerbe abgelehnt und darauf ein Antrag des Rechtsanwaltes Lehmann angenommen, der die Gründung des Bundes für notwendig erachtet und die Einführung einer Kommission von zehn Personen verlangt, die die Vorberichtigungsarbeiten zu erledigen hat.

In der Sitzung vom 4. Oktober wurde zur Vorberatung der Gründung eines deutschen Bundes für Handel und Gewerbe eine zehngliedrige Kommission eingesetzt, die gleichzeitig das Material zur Aenderung des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes sammeln und verwerten soll. Namens des abgereisten Herrn Senator Schulze-Gishorn gab Herr Meyer-Hannover die Erklärung ab, daß aus Gebräuchen bei der geistigen Tafel hervorgegangen sei, daß man im Bunde Antisemitismus treiben wolle und er unter diesen Umständen von der Annahme einer Wahl absche. Es wurden folgende Personen in die Kommission gewählt: Stadtrat v. Boese-Zwickau, Reinhardt-Leipzig, Schirmer-Hannover, Stadtrat Wegner-Dresden, Werbeck-Hamburg, Trittmäsel-München, Reichstagsabgeordneter Jacobssöder-Erlurt, Gohrisch-Köln, Direktor Birgigebel-Leipzig.

Nach dreistündiger Zeitverwendung bei der Wahl dieser Kommission trat man endlich in die Beratung über die unlautere Reklamepresse ein. Herr Syndikus Pilz-Leipzig referierte über dieses Thema. Er führte aus, daß die Reklame schon bei den Römern vorhanden war und wenn man jetzt sage: Tod der Reklame dann hieße es das Kind mit dem Bade ausschlachten. An einer Ausrottung der Reklame als solche ist nicht zu denken, sie sei heute ein unentbehrlicher Gehilfe des Kaufmanns und Gewerbetreibenden. Aber jede Reklame, die über das Ziel hinausreiche, müsse bekämpft werden. So weit wie die amerikanische Kirchhofsklasse sind wir zwar nicht gekommen, aber wir können sie noch bekommen, wenn die deutsche Reklame weiter den amerikanischen Vorbildern nachstellt. Jetzt haben wir das neueste auf dem Gebiete der Reklamewesen, das Reklamefahrrad und den Reklamegummiball, durch die mittels farbiger Buchstaben Fahrbahn und Fußsteig mit Reklameschildern bedekt werden.

Zur Bekämpfung der unlauteren Reklame reiche das Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes nicht aus, weil es Bemerkungen allgemeiner Natur straflos läßt. Die Gerichte seien nicht eingeschritten, weil sie der Ansicht seien, daß die Reklame ohne Überbreitung nicht möglich sei und das Publikum die Anpreisungen in den Inseraten nicht ernst nehme. Es müßten die Vereine auch mit den Zeitungsredaktionen sich in Verbindung setzen, sie über die Unlauterkeit der Reklame aufzuklären. Dann würden auch die Inserate verschwinden, wenn nicht, dann seien auch sie auf Grund des § 1 des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes zu belangen. Man müßte sich gegen die unlautere Reklamepresse wenden, die auch im redaktionellen Teile derartige Reklame unterstützen. (Zwischenruf: Leipziger Tageblatt.) Redner wendet sich dagegen, daß das Leipziger Tageblatt zu dieser Presse gehöre. Er schlug folgende Resolution im Namen des Vereins Leipziger selbständiger Kaufleute und Fabrikanten vor:

Das Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes vom 27. Mai 1896 hat sich als ohnmächtig bewiesen, die unlautere Reklame zu befehligen. Was es als „allgemeine Anpreisung“ straflos läßt, charakterisiert sich ameist ebenfalls als unlauterer Wettbewerb. Der § 1 des Gesetzes beabsichtigt, um dem zu begegnen, einer anderen Fassung. Es ist die Aufgabe aller Vereine, dahin zu

wirken, daß in ihm auch marktschreiterische „Überbreitungen“ verboten werden. Die „Reklamepresse“, die die unlautere Reklame begünstigt, ist zu überwachen und gegen dieselbe als Verbreiterin der Reklame mit allen zu Gebote stehenden Mitteln einzuschreiten.

Von Nah und Fern.

Berurteilte Münzverbrecher.

Hamburg, 3. Oktober. Das Schwurgericht verurteilte heute den Commiss Kruse aus Linden (Hannover) und den Maurer Wöhlers-Hamburg wegen Falschmünzerei und Ausfälschung falscher Finnmarksscheine zu vier Jahren Buchstans, bzw. zwei Jahren Gefängnis. Die Witwe Pscherer, die das falsche Geld in Umlauf gebracht hatte, erhielt ein Jahr Gefängnis. Insgesamt hatten die Verurteilten mehrere Hundert falsche Scheine hergestellt.

Standrecht?

Hamburg, 3. Oktober. Das Schwurgericht verurteilte heute drei Arbeiter wegen Hansfriedensbruchs und Körperverletzung. Sie haben an einem Sonntag abend bei einem Gastwirt „Krach gemacht“, den Wirt und dessen Frau roh gemisshandelt und als sie an die frische Luft gesetzt waren, zwei Gefreite und eine alte Frau ganz brutal überfallen und besonders die Greisin in unerhörter Weise geflügelt. Sie sind dafür exemplarisch bestraft worden. Es wurde auf 4 Wochen, 3 Jahre und 4 Jahre 1 Woche Gefängnis erkannt. Gegen den zu 3 Jahren Verurteilten hatte der Staatsanwalt nur 14 Tage beantragt. Das ist ein so gewaltiger Sprung, daß er unbegreiflich erscheinen muß.

Die Pest in Indien.

Simsa, 3. Okt. Die Todesfälle an der Venenpest haben sich in dieser Woche in der Stadt Bombay von 127 in der Vorwoche auf 209 vermehrt, während in der Präsidenschaft 4000 Todesfälle vorgekommen sind. Auch in der Stadt Bangalore nimmt die Pest einen epidemischen Charakter an. Es sind dort 124 Todesfälle vorgekommen. Aus anderen Bezirken werden mehrere Erkrankungen gemeldet.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Der in Nr. 228 der Volkszeitung erschienene Bericht über die leichte Maserversammlung trägt so sehr das Zeichen der Parteilichkeit, daß es wohl billig ist, auch einem Anderen den dazu das Wort zu lassen.

Trotz des Versuches des Berichterstatters, die Thatsache zu umgehen, indem er die Person des Einberufers ironisiert, ist doch festgestellt, daß die Behauptung des letzteren auf Wahrheit beruht. Nicht festgestellt ist dagegen, wie das Mano gebettet wurde. Hier könnte nur die Erklärung nützen, daß der Schulzner oder der frühere Kassierer die Summe zurückgezahlt hätte. Im übrigen erlaube ich mir zu bemerken, daß die Kollegen Stöckel und Grüner mit ihrer Ansicht über den Zweck des Unterstützungsfonds, mit ihrem ehrlichen Streben zur Besserung der Verhältnisse nicht ver einzeln stehen, allein durch den Losfalterverein Malsarten, dessen Vortrag augenblicklich das Heft in Händen hat, in Acht und Baum gehalten sind.

Von den Kollegen, die an der Lohnbewegung 1895 und 96 teilgenommen haben, gehört nur noch ein verschwindend kleiner Teil der Vereinigung an, die Mehrheit und nicht die schlechtesten der Kollegen sind durch die unglaublichen Machinationen in die Opposition, zum Teil aus der Organisation gebrängt worden. Beispiele beweisen. Ich wähle sie aus dem Kreise der jetzt Hauptbetätigten. Kollege Grüner, der lange und in schwerster Zeit Vertrauensmann war, an dessen Namen nicht ein Makel hängt, mußte im Vorjahr (wegen eines in Sachen der Sonntagsruhe gesuchten Beschlusses, der den Malsatenfreunden wider den Strich ging) die erbärmlichsten Nachreisen und Verleumdungen über sich ergehen lassen, bis er schließlich freiwillig von seinem Amt zurücktrat.

Die andere Hauptperson, sie bleibt vorläufig ungenannt, ein „Kollege“, der während des Streikes 1895 fortarbeitete, nachdem er früher bereits wegen eines nicht genügend aufgeklärten Vorsatzes aus der Vereinigung schied, trat kurze Zeit vor der Wahl zur Ortsfrankenfassie wieder bei, bewarb sich sehr aussfällig, wiewohl vergebens, um ein Mandat zur Vertretung dieser Kasse, wurde später einer der Hauptamtsträger des Malsaten, seine „Genossen“ noch übertrumpft, erhielt zum Selbständigerwerben ohne Befragung einer Versammlung ein größeres Darlehen aus dem Unterstützungs fonds, und als nun das Mano nicht etwa entdeckt, nein verraten wird und einer der bestgehehrten Auflösungen verlangt, wird er, der Kollege Stöckel, mit geschickter Mache mundtot gemacht und über den bösen Fall der Mantel der Staatsräson, leider ein sehr abgezehrter, gebrückt. Ist es da nicht begreiflich, daß der Kollege dem Betspiel anderer folgt und einer Organisation den Rücken wendet, der er unbedenklich Jahre operte, und die ihm nun so dankt.

Die wenigen Beispiele von vielen, deren Aufzählung den Rahmen dieser Mitteilung überschreiten würde, mögen genügen, um meine Behauptung vom Anfang zu erhärten. Für meine Person will ich noch beifügen, daß ich es trotz allen trüben Erfahrungen für meine Pflicht hielte, in dieser ersten Zeit der Organisation wieder beizutreten, nach der letzten „Leistung“ der heutigen „Ordnungspartei“ bin ich indes nicht dazu im Stande. Denn die Mittel, Unbekümmert zu bestreiten, sind dieselben niedrigen geblieben; siehe die angebliche Denunziation des Malsaten durch Stöckel. Um böswilligen Unterschlüpfen vorzubeugen, erlaube ich noch, daß ich mit Grüner seit mindestens ½ Jahren nicht verkehre, Stöckel nur einmal vor circa 2 Monaten gesehen habe, und auch vorstehendes ohne Wissen und Willen der beiden schrieb. Der Zweck dieser Zeilen ist, beizutragen, andere Zustände zu schaffen, damit es mit mir wieder möglich wird, unserer Organisation anzugehören.

Hermann Lieb, Maler, Schönfeld, Dimpelstraße 35 p. 1.

Quer durch Leipzig.

Historisches Museum im Gasthaus zum Napoleonstein. Ausstellung historischer Gegenstände aus der Zeit Napoleons I. und der Freiheitskriege, enthaltend über 5400 Nummern. Graff-Museum. Museen für Söldertunde geöffnet am Sonn- und Feiertagen von 10½ bis 3 Uhr, an den übrigen Tagen von 10—3 Uhr. Montags geschlossen. Eintritt Sonntags, Mittwochs und Freitags frei, Dienstags, Donnerstags und Sonnabends 50 Pf. am Dienstagabend 25 Pf.

Deutsches Buchgewerbe-Museum, Buchhändlerhaus, Portal Ecke Gerichtsweg, 1. Stock, Sonntags, Dienstags, Donnerstags und Sonnabends von 10½ bis 1 Uhr unentgeltlich geöffnet.

Graff-Museum. Kunstmuseum für Gewerbeausstellungen geöffnet am Sonn- und Feiertagen von 10½—3 Uhr, an den Wochentagen von 10—3 Uhr, an den Wochentagen von 10—3 Uhr, Montags geschlossen. Bibliothek und Zeichenzaal an allen Wochentagen von 7 bis 9 Uhr abends geöffnet. Eintritt Sonntags, Mittwochs und Freitags, sowie an Wochentagen abends frei, Dienstags, Donnerstags und Sonnabends 50 Pf.

Kaiser-Bauernmuseum. Neumarkt 2. Täglich geöffnet.

Zoologisch-zoologisches Museum (Thälstraße 88). Geöffnet Mittwochs von 2—4 Uhr.

Städtisches Museum und Leipziger Kunstverein geöffnet an

Sonn- und Feiertagen 10½—3 Uhr, Montags 12—4 Uhr, an den übrigen Wochentagen 10—4 Uhr. Eintritt in das Museum Sonntags, Mittwochs u. Freitags frei, Montags 1 Mk., Dienstags, Donnerstags und Sonnabends 50 Pf. An den Wochentagen 25 Pf. Der Eintritt in den Kunstverein beträgt für Nichtmitglieder 50 Pf.

Der Vergleich Kunst-Ausstellung, Markt Nr. 10, II. (Kaufhalle), geöffnet von 9 bis 5 Uhr Wochentags und 11—12 Uhr Sonn- und Feiertags.

Verein für die Geschichte Leipzig. Johanniskirch 8. Die Sammlungen sind geöffnet jeden Mittwoch und Sonntag von 11—12 Uhr. Eintrittsgebühr 20 Pf.

Haupt-Meldes-Amt des Bezirks-Kommandos Leipzig am Nikolai-Kirchhof 2, 1. Etage, Zimmer 1. Meldeblenden Wochentags vor 9 Uhr vorm. bis 1 Uhr nachm., Sonn- und Feiertags von 11 Uhr vorm. bis 12 Uhr mittags. An den hohen Festtagen sowie den Geburtstagen des Kaisers u. Königs bleibt das Meldeamt geschlossen.

I. Sanitätswache (Nikolaikirchhof), II. Sanitätswache (Peterssteinweg 17) u. III. Sanitätswache (Dresdener Str. 22, Thorhaus) des Samariter-Vereins sind Tag und Nacht geöffnet. Zimmerschreiber ärztlicher Dienst. Fernsprech-Anschluß Amt I Nr. 507.

Universitäts-Kinder-Klinik und Poliklinik, neues Kinder-Krankenhaus in L-Reudnitz, Blaumannstraße 1, Sprechstunde unentgeltlich jeden Wochentag 2—3 Uhr nachmittags; für chirurg. Kräfte 3—4 Uhr. Aufnahmen in die Anstalt (gegen Bezahlungsabrechnung) zu jeder Zeit.

Poliiklinik für Nervenkrankte, Windmühlenweg 20, Sprechstunden Dienstags und Freitags von 11—12 Uhr.

Homöopathische Poliklinik. Wochentags 9½—10½ Uhr im homöopathischen Krankenhaus, Sidenstraße 44.

Universitäts-Augenklinikanstalt, Liebigstraße 14, Sprechstunde täglich außer Sonn- und Feiertags von 1½—10 Uhr bis 1½—12 Uhr.

Poliiklinik des Albert-Zweigvereins Leipzig (Lange Straße 25): Poliklinik für Nervenkrankte Montags, Mittwochs, Freitags von 9—10 Uhr, Marktgäste 9—10 Uhr vormittags für Augen- und Ohrenkrankte, 11—12 Uhr vormittags für anderweitige Kräfte.

Universitäts-Klinik und Poliklinik für Hautkrankheiten. Die Poliklinik w. tägl. zw. 10 u. 12 U. vorm. im St. Jakobshospit. abgeh.

Chirurgische Poliklinik im städt. Krankenhaus St. Jakob. Hauptbehandlungszeit täglich vormittags von 8—11 Uhr, für Verletzungen ist die Poliklinik jedoch Tag und Nacht geöffnet.

Augl. Universitäts-Klinik und Poliklinik für Ohren-, Nasen- und Halskrankte, Liebigstr. 20. Die poliklinische Sprechstunde ist täglich von 10—12 Uhr.

Veterinär-Klinik der Universität. Poliklinik: Wochentags von 1½—10 bis 1½—12 Uhr vormittags. Aufnahme kranker Tiere in das Spital zu besetzten Stunden, in bringenden Fällen jederzeit.

Städtische Markthalle, Rossmarkt 1b, im Sommerhalbjahr für das große Publikum Wochentags vormittags 6—1 Uhr, nachmittags 4—8 Uhr (Sonnabends und an Tagen vor Festtagen bis 9 Uhr) geöffnet.

Stadtbad im alten Jakobshospital, an den Wochentagen von früh 6 bis abends 8 Uhr und Sonn- und Feiertags von früh 6 bis mittags 1 Uhr geöffnet.

Agl. Sächs. Standes-Amt Leipzig I, Georgenhalle, 1. Etage, Eingang Ritterstraße Nr. 28 (umfaßt die Altstadt Leipzig).

Agl. Sächs. Standes-Amt Leipzig II in L-Reudnitz, Chausseestraße Nr. 17 (dasselbe umfaßt die bürgerlichen Vororte Reudnitz, Anger-Trotendorf, Volkmarshof, Sellerhausen, Neuschönfels, Neustadt, Neureudnitz, Thonberg).

Agl. Sächs. Standes-Amt Leipzig III in L-Gohlis, Kirchplatz 1 (umfaßt die bürgerlichen Vororte Gohlis und Gutriegsdorf).

Agl. Sächs. Standes-Amt Leipzig IV in L-Plagwitz im früheren Gemeindeamt Plagwitz, Kurze Str. 12 (umfaßt die bürgerlichen Vororte Lindenau, Kleinschöneweide, Plagwitz und Schleußig).

Agl. Sächs. Standes-Amt Leipzig V in L-Connewitz im früheren Gemeindeamt Connewitz, Schulstraße 5 (umfaßt die bürgerlichen Vororte Connewitz und Löbtau).

Die Standesämter I, II, III und IV sind für Anmeldungen geöffnet Wochentags von 9—1 Uhr und 3—5 Uhr, Sonntags und Feiertags von 11—12 Uhr, jedoch nur zur Anmeldung von togeborenen Kindern und Sterbefällen.

Das Standesamt V ist geöffnet Dienstag, Donnerstag und Freitag vorm. von 8—1 Uhr, nachm. von 3—5 Uhr, Mittwochs und Sonnabends nachm. von 8—10 Uhr, Sonntags von 11—12 Uhr zur Anmeldung von Sterbefällen.

